

Backhaus, Jürgen

Working Paper

**Praktische Philosophie und politische Ökonomie:
Eine Auseinandersetzung mit Friedrich Kambartels
"Bemerkungen zum normativen Fundament der
Ökonomie"**

Diskussionsbeiträge, No. 79

Provided in Cooperation with:

Department of Economics, University of Konstanz

Suggested Citation: Backhaus, Jürgen (1976) : Praktische Philosophie und politische Ökonomie: Eine Auseinandersetzung mit Friedrich Kambartels "Bemerkungen zum normativen Fundament der Ökonomie", Diskussionsbeiträge, No. 79, Universität Konstanz, Fachbereich Wirtschaftswissenschaften, Konstanz

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/78198>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

FACHBEREICH WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFTEN
UNIVERSITÄT KONSTANZ

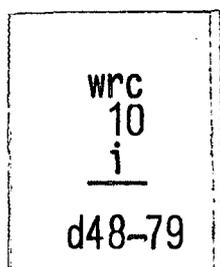
PRAKTISCHE PHILOSOPHIE
UND POLITISCHE ÖKONOMIE

Eine Auseinandersetzung mit
Friedrich Kambartels "Bemerkungen
zum normativen Fundament der Ökonomie"

Jürgen Backhaus

Nr 79

DISKUSSIONSBEITRÄGE



D-775 Konstanz
Postfach 7733

320
PRAKTISCHE PHILOSOPHIE
UND POLITISCHE ÖKONOMIE

335 ^{e.} Eine Auseinandersetzung mit
Friedrich Kambartels "Bemerkungen
zum normativen Fundament der Ökonomie" [†]
100^z
Jürgen Backhaus

Nr. 79

4.10 Konstanz

4.12 Univ.

Mat 1976
425

451
Diskussionsbeiträge
des Fachbereichs Wirtschaftswissenschaften
der Universität Konstanz 4/4 79

I.

Zu normativen Aussagen haben Ökonomen häufig ein mühsames Verhältnis; in der Regel werden Aussagen dieser Art für im wissenschaftlichen Sinne unmöglich oder beliebig gehalten, für eine Privatsache jedenfalls, die aus den Wissenschaften, so gut es eben geht, fernzuhalten ist. Insoweit es sich dabei tatsächlich um private Meinungen, Fragen des Geschmacks etc. handelt, ist dies ein sicherlich nur allzu wichtiger Rat ¹⁾; aber normative Fragen erschöpfen sich nicht in solchen des Geschmacks; mithin können wir das Problem nicht durch Befolgen der beherzigenswerten Regel ²⁾ "de gustibus non est disputandum" vermeiden.

Freilich ist auch diese sehr einfache Regel nicht ohne weiteres befolgt. In der Ökonomie etwa gelang erst mit Lionel Robbins' "Essay on the Nature and Significance of Economic Science" die Bloßstellung jener moralisierenden Schriftsteller, die diese zwar nicht sogleich verstummen läßt, ihnen jedoch die Ausstrahlungskraft nimmt, die dem auf nachprüfbaren Ergebnissen aufbauenden wissenschaftlichen Fortschritt abträglich ist.

Mit der anfangs noch zögernden ³⁾ Bereitschaft, Robbins zu folgen, war die Ökonomie zwar als Wissenschaft auf den Weg gebracht, erlebte einen gewaltigen Aufschwung und avancierte zum gesuchtesten Berater politischer Entscheidungsträger, sie befindet sich gleichwohl heute wiederum in einer Krise, die sich in einer nicht mehr ohne weiteres übersehbaren Flut kritischer Bestandsaufnahmen insbesondere der angesehensten Vertreter der Disziplin äußert. ⁴⁾

Diese Krise ereilte die Ökonomie um so überraschender und erfaßte sie in einer besonders unvorbereiteten Situation insofern, als es seit langem zum ökonomischen "Comment" gehört, über wissenschaftstheoretische Fragen keine über gelegentliche Randbemerkungen hinausgehenden Überlegungen anzustellen. 5)

Der mittlerweile allenthalben teilweise in pointierter Form vorgebrachten rückhaltlosen Kritik an der eigenen Disziplin läßt sich freilich eines nicht entnehmen: Die Krise ist nämlich nicht lediglich eine Krise der Ökonomie, sondern, im Gegenteil, eine der empirischen Sozialwissenschaften insgesamt. 6) Die Diskussion hat nicht die Form eines Paradigmawandels im Kuhnschen Sinne, sondern es sind die führenden Vertreter der Ökonomie, die auf auffällige Mißstände aufmerksam machen: nicht ein Wechsel der Eliten, sondern der Versuch, eine im Kuhnschen Sinne intakte Wissenschaft von oben und innen heraus zu beleben und auf praktische Probleme hinzulenken. Der Grund der Krise ist nämlich in einer Entfremdung der wissenschaftlichen Bemühung von der Praxis, deren Probleme die Wissenschaft sollte lösen helfen, zu sehen. 7)

Wissenschaftliche Bemühung soll, so der Ausgangspunkt, letzten Endes stets in den Dienst praktischer Vernunft gestellt, praktische Probleme lösen helfen. Das ist in dieser Allgemeinheit formuliert bekanntes 8) Allgemeingut, aber beschreibt der Normsatz auch die Realität?

Es ist zu begrüßen, daß auf diese Problematik neuerdings von der Praktischen Philosophie her hingewiesen wird, insbesondere von Friedrich Kambartel. Die Ökonomie wie die gesamten Sozialwissenschaften waren ja im statu nascendi ein Teil der praktischen

Philosophie, von dem sie sich emanzierten, den sie vergaßen und der von jener aus den Augen gelassen wurde. Aus der gemeinsamen Wurzel entspringen jedoch heute noch gemeinsame Fragestellungen, auf die in dieser Arbeit hingewiesen wird. Es ist dies die Analyse der Eigenschaften kommunikativer Systeme unter dem Gesichtspunkt ihrer "Optimalität" oder "Vernünftigkeit". In einer "kritischen Studie der Wissenschaftstheorie der empirischen Sozialwissenschaften" ⁹⁾, deren Verfasser, Herbert R. Ganslandt, den in Konstanz u. a. von Friedrich Kambartel ¹⁰⁾ entwickelten wissenschaftstheoretischen Ansatz auf die empirischen Sozialwissenschaften bezieht - Kambartel führt diesen Ansatz im speziellen für die Ökonomie fort - wird die Krise der empirischen Sozialwissenschaften mit der herrschenden Wissenschaftstheorie in bezug gebracht, die die Ablösung des Wissenschaftsbetriebs von praktischen Problemen erlaubt. Ich zitiere diese Diagnose, die ich für richtig halte, eingangs relativ ausführlich, um den Bezugspunkt der Kritik deutlich zu machen, von dem die Auseinandersetzung mit Kambartels "Bemerkungen" dann ausgehen kann. ¹¹⁾:

" Es wurde immer deutlicher, daß das, was mit Comte als das "positive Stadium" bezeichnet wird, in welches eine nach Gesetzen suchende, messende Sozialwissenschaft eingetreten war, tatsächlich nur die Schwundstufe theoretischen Bemühens bezeichnete, das seiner ursprünglichen Bestimmung verlustig gegangen war, zur Veränderung einer partiell als problematisch empfundenen und deswegen Gegenstand theoretischer Betrachtungen werdenden historischen Praxis beizutragen. Eine problemlose Praxis hat keine Veranlassung, sich theoretisch infrage zu stellen. Einer problematischen Praxis jedoch ist mit einer Theorie schlecht gedient, die es dabei bewenden läßt, sich eine vorwissenschaftlich erkannte, in Hypothesen über Regelmäßigkeitserwartungen wissenschaftlich formulierte Problematik, von dieser Praxis selbst noch einmal bestätigen zu lassen. Daß eine solche Theorie

ihrerseits zu einem gesellschaftlichem Problem geworden ist, wird heute in zunehmendem Maße gesehen". (Mit Berufung auf (Fußnote 218: Mulford Q. Sidley, The Limitations of Behavioralism, in: James C. Charlesworth (ed), Contemporary Political Analysis, New York, London, 1964, S. 51 ff., hier S. 67 - J. B.)

Dieser Kritik hatte der Positivismus bisher stets mit dem Hinweis auf die Wissenschaftlichkeit seiner und die prinzipielle Unwissenschaftlichkeit aller normativen Aussagen begegnen können. Aber gerade die vermeintliche Objektivität wurde mit zunehmender Realisierung des empiristischen Forschungsprogramms zweifelhaft. Je mehr empirische Arbeiten in den auf die Gründung der behavioristischen Schule folgenden, forschungsintensiven Jahren vorgelegt wurden, umso deutlicher zeigte sich eine doppelte Unverbindlichkeit der ihnen zugrunde liegenden Hypothesen. Einerseits erwies es sich als unmöglich, die auf einer unbegründeten, privatistischen Definitionspraxis beruhenden und durch empirische Befunde scheinbar gut bestätigten mikrotheoretischen Hypothesen verschiedener Autoren über verschiedene Untersuchungsbereiche zu einer erklärenden Makrotheorie zu verbinden, andererseits aber erwies es sich als möglich, verschiedene, sich ausschließende Hypothesen über denselben Untersuchungsbereich durch empirische Befunde hinreichend abzusichern. 12)

Dieser, speziell auf die politikwissenschaftliche Forschung gerichtete Befund beschreibt im Prinzip den gegenwärtigen Stand der ökonomischen Theorie. Davon legen die eingangs (vgl. Fußnote 4) zitierten kritischen Bestandsaufnahmen ein beredtes Zeugnis ab. Andererseits ist Ganslandts Kritik zu pointiert und prägnant, als daß ihr im einzelnen jederzeit gefolgt werden könnte. Dies zu diskutieren, ist jedoch hier nicht der Ort.

Die Frage, um die es in dieser Abhandlung geht, ist, ob der prinzipiell richtigen Diagnose auch der Vorschlag der geeigneten Therapie folgt. Diesen Vorschlag, den Ganslandt nur skizziert, enthalten nämlich die "Bemerkungen zum normativen Fundament der Ökonomie" von Friedrich Kambartel.

An die Darstellung, in welcher Problematik verstrickt Kambartel mit seiner Kritik die Ökonomie gegenwärtig erreicht (I), schließt sich die kritische Rezeption der Kambartelschen Bemerkungen (II) an, deren Tragweite allerdings erst auf dem Hintergrund der Wissenschaftstheorie der "Erlanger Schule", deren Kenntnis in den Bemerkungen vorausgesetzt wird, deutlich wird (III). Schließlich werden die von Kambartel auch der Ökonomie empfohlenen konsensbildenden Verfahren (1.) prinzipiell sowie (2.) ⁱⁿ ihrer Bedeutung für die Ökonomie diskutiert und mit dem in der Ökonomie bereits erreichten Erkenntnisstand vergleichend konfrontiert (IV). Abschließend wird noch auf einige spezifisch ökonomische Schwächen der Kambartelschen Argumentation hingewiesen, die im Zusammenhang mit dem mit den Bemerkungen gemachten ehrgeizigen interdisziplinären Versuch in Form von Rezeptionsdefiziten aufgetreten sind.

Gerade weil die von der Erlanger Schule vorgetragene Kritik in ihrer Diagnose des gegenwärtigen Zustandes der Sozialwissenschaften richtig ist und gerade weil es darum geht, Ökonomie wiederum normativ zu begründen, ist bei gemeinsamem Ausgangspunkt mit den Vertretern der Erlanger Schule eine offensive Auseinandersetzung aus der Sicht der Ökonomie angezeigt. ¹³⁾

Daß die Begründung des normativen Fundaments der Ökonomie nicht selbstverständlich ist, läßt sich u. a. auf die unerwartete Ausrichtung der ökonomischen Praxis auf die von Robbins formulierten Grundsätze zurückführen. Sein Essay war weitgehend dahin mißverstanden worden, die von Robbins mit "economic science" bezeichnete wissenschaftliche Bemühung beschreibe die Volkswirtschaftslehre insgesamt. ¹⁴⁾ Darüber war der eigentliche Zweck der Bemühung,

die Umsetzung der "economic science" in politische Ökonomie, ganz und gar außer acht geraten. ¹⁵⁾ Diese Haltung hat sich schließlich zu der eingangs zitierten Meinung der prinzipiellen Unbegründbarkeit und damit Beliebigkeit normativer Problemlösungen verfestigt.

Weiterhin an der Annahme der (wissenschaftlichen) Unbegründbarkeit normativer Problemlösungen festzuhalten, erscheint als ein Ärgernis, wenn man der zuvor zitierten Diagnose (Ganslandt) des Zustandes der empirischen Sozialwissenschaften folgt. Es widerspricht auch jeder Alltagserfahrung, auf der Meinung, daß praktische Vernunft nicht möglich sei, zu beharren ¹⁶⁾ nur, weil deren Möglichkeit nicht schlüssig nachgewiesen werden kann, sondern es sich "lediglich" für sie argumentieren läßt. Wer dergestalt gegen die Alltagserfahrung auf seiner wissenschaftstheoretischen Meinung beharrt, wird das Opfer seiner eigenen (scientistischen) Methodologie.

Die Meinung, normative Sätze ließen sich nicht begründen, beruht auf einem Begründungsbegriff, der begründen in Anlehnung an den Deduktionsbegriff versteht. Sollen normative Sätze deduziert werden, so ergibt sich ein Bedarf an immer weiteren Sätzen, der im sogenannten "Münchhausen-Trilemma" (infiniter Regreß, logischer Zirkel oder willkürlicher Abbruch des Verfahrens - Axiomatisierung -) endet. Dieser Begründungsbegriff ist aber nicht der einzig mögliche, so daß man in das Münchhausen-Trilemma nicht unbedingt geraten muß.

Dieser Begründungsbegriff ist übrigens auch für nicht normative (positive) Begründungszusammenhänge keineswegs zwingend. Ich folge Ganslandts Kritik an der herrschenden empirischen Sozialwissenschaft, deren theoretische Sätze einer beliebigen Genese entspringen und einer logischen Analyse weder für fähig noch für bedürftig gehalten

gehalten werden: Dann sind sie aber nicht nur durch solche Sätze überprüfbar, die aus der Anwendung der Theorie selbst folgen, mit der Folge, daß ohne die Möglichkeit einer Korrektur die in die Theorie eingegangenen Unterscheidungen die interpretative Selektion der Basissätze bestimmen, die in den Sozialwissenschaften aufgrund der Unmöglichkeit des repetitiven Experimentes über die Theorie vorläufig entscheiden. Der Vorwurf unzulässiger Unterscheidungen führt dann nur zu einer anderen Theorie mit der Folge der fehlenden Unterscheidungsmöglichkeit unter den Theorien, die zu dem gegenwärtigen Zustand der Sozialwissenschaften, insbesondere der theoretischen Ökonomie, geführt hatte. 17)

Ausgehend von dieser Kritik schlägt Ganslandt ein auf den aristotelischen Empiriebegriff zurückgreifendes Verfahren vor, daß der Fallanalyse besondere Bedeutung einräumt: Durch Abruf der für den zu beurteilenden Situationskontext relevanten Menge in der Erinnerung gespeicherter und bereits sprachlich vermittelter Einzelphänomene, die als Beispiele oder als Gegenbeispiele herangezogen werden, den allgemeinen Aspekt des Besonderen erkennen und auf den Begriff bringen, indem das Besondere entweder mit Hilfe eines schon eingeführten Begriffes in eine getroffene Unterscheidung eingegrenzt wird oder indem die Einführung eines Begriffes konstitutiv für eine zu treffende Unterscheidung wird, deren Paradigma das Besondere fortan bilden soll. 18)

Von Begründung kann - in Anlehnung an Kambartel - allgemeiner stets dann die Rede sein, wenn die zu begründenden Behauptungen einer kritischen Prüfung fähig sind. 19) Diese kritische Prüfung hat in einem Verfahren zu erfolgen, das den Kriterien der Offenheit, Symmetrie und Unvoreingenommenheit (siehe dazu unten III, IV) zu genügen hat.

Der Begründungsbegriff ist in der wissenschaftstheoretischen Diskussion kontrovers. Während Albert die Gültigkeit des Münchhausen-Trilemmas über die Bezugnahme auf deduktive Verfahren hinaus auch auf "andere Ableitungsverfahren als die der deduktiven Logik" ausdehnt 20), halten Janich/Kambartel/Mittelstraß an ihrem Vorwurf eines eingeschränkten Begründungsverständnisses bei Albert fest,

diesem gleichzeitig konzедierend, das Trilemma gelte "für jedes Verfahren, das nach Ableitungsregeln von begründeten Behauptungen zu weiteren begründeten Behauptungen führen soll".

Damit scheinen die von Kambartel und anderen avisierten sokratischen Dialogen nachgebildeten Verfahren, die nicht über Ableitungsregeln, d. h. die Definition des Erkenntnisprozesses durch Funktionalregeln, sondern durch (äußere) Bedingungen (Prozeßrestriktionen) für interaktive Verfahren definiert werden, für Albert jedenfalls als Begründungsverfahren auszuscheiden.

Für die politische Ökonomie sind dies freilich die eigentlich interessanten Verfahren. Der Einwand gegen einen normativen Satz kann, da Falsifikation ausgeschlossen ist, nur über den Hinweis auf die mangelnde Adäquanz der vorgeschlagenen Regelung durch 1. Beibringen weiterer Information, 2. den Hinweis auf bekannte, aber nicht berücksichtigte Kenntnisse und 3. vor allem den Hinweis auf systematische Verschlossenheit gegenüber Kenntnissen und Problemlagen erhoben werden. So wie in der ökonomischen Analyse bei Allokationsmängeln nach Funktionsstörungen des Marktes (: Marktversagen) zu suchen ist, geht es bei mangelnder Adäquanz vorgeschlagener Problemlösungen in bezug auf das gestellte praktische Problem um den Aufweis von Verfahrensmängeln bei der Suche nach der adäquaten Problemlösung. 22)

Die in diesem Sinne begründeten Behauptungen sind stets vorläufig begründet in dem Sinne, daß sie gegen neue Argumentationen wiederum zu verteidigen sind. Hier ergibt sich eine Parallele zum Vorgehen nach dem Popper-Kriterium insofern, als auch dort Behauptungen stets nur vorbehaltlich weiterer empirischer Überprüfung gelten. Es liegt auf der Hand, daß dieses Verfahren, um lebendig zu bleiben, dynamisch gehalten werden muß im Sinne "emanzipatorischer Strategien" 23), als die im Anschluß an Bernhard Badura solche Bemühungen gelten sollen, die " der dauernden Beseitigung von Ursachen dienen, die für die stabile Verzerrung im Prozeß der Artikulation, Interpretation, Kritik und Befriedigung von Bedürfnissen verantwortlich sind". 24)

Diese Strategien haben den Zweck, die Suche nach Verfahrensmängeln zu intensivieren, um die Adäquanz der Problemlösung zu verbessern.

Dies alles bewegt sich im Rahmen von Erwägungen, die für die praktische Philosophie den Reiz des Neuen haben mögen, dem Ökonomen jedoch wohl vertraut sind. Ökonomische, insbesondere marktbezogene Betrachtung hat zum Gegenstand der Analyse Verfahren, die nur so lange funktionsgerecht (effizient) ablaufen, wie ihre potentielle Dynamik (Offenheit) gewährleistet ist; auf diesen Zusammenhang weist schon Albert hin. 25)

Albert bezeichnet das in der ökonomischen Tradition sozialwissenschaftlicher Erkenntnis kultivierte Denken in Alternativen als "Methode politischen Denkens", "in der theoretisch unterbaute Sozialkritik in Verbindung mit theoretisch gestützter Sozialtechnologie eine wesentliche Rolle spielt". Er fährt dann fort: "Diese Methode legt den Akzent nicht auf die Fixierung und Legitimierung tradierter Problemlösungen, sondern auf die Erfindung neuer Lösungen und ihre kritische Konfrontierung mit denen, an die wir uns gewöhnt haben und die wir daher allzu leicht für selbstverständlich halten. Wenn wir nun auf die Übersetzung dieser Methode in die Praxis des sozialen Lebens eingehen, so haben wir vor allem zwei Aspekte zu berücksichtigen: 1. die Tatsache, daß der Übergang von der Alternativanalyse zur Realisierung der Politik den Charakter sozialen Experimentierens verleiht (...); und 2. die Tatsache, daß die Alternativanalyse selbst in die soziale Praxis eingebettet ist und in gewissem Umfang die Form einer rationalen Diskussion zwischen Verfechtern verschiedener Auffassungen annehmen kann. Damit erhält das methodische Prinzip der kritischen Prüfung (...) noch insofern politische Bedeutung, als hinter diesen divergierenden Auffassungen verschiedene politische Kräfte stehen, in deren Interesse es liegt,

von den bei ihnen jeweils dominierenden Wertgesichtspunkten her verschiedene Aspekte der alternativ vorgeschlagenen Problemlösungen zu beleuchten und die ihnen aufgrund dieser Gesichtspunkte relevant erscheinenden Vorzüge und Nachteile dieser Lösungen zu akzentuieren. Die reale Representation miteinander unvereinbarer Auffassungen im sozialen Kräftefeld sorgt dafür, daß hier so etwas wie eine Real-dialektik entsteht". 26)

Auf diesen Zusammenhang wird an dieser Stelle vorab verwiesen, weil Kambartel die von Albert sogenannte "ökonomische Tradition sozialwissenschaftlicher Erkenntnis", die sowohl Verfahren beschreibt, in denen unterschiedliche Interessen einander gegenüberstehen und im interagierenden Zusammenspiel zu gemeinsamen Lösungen gelangen, als auch auf ein derartiges Verfahren (im Wissenschaftsbetrieb) selbst angewiesen ist, außer acht läßt.

Dieser Zusammenhang ist deshalb von zentraler Bedeutung, weil Kambartel, wie im folgenden eingehender dargestellt wird, zwei an und für sich getrennte (und zu trennende) Fragen miteinander verknüpft:

- a) Die hier geforderte und als notwendig betrachtete (auch) normative Ausrichtung der Ökonomie

verknüpft Kambartel mit dem Problem

- b) der Auszeichnung gerechtfertigter vor ungerechtfertigten Bedürfnissen; dieses Problem will Kambartel der Ökonomie, die er als Technik auffaßt, nicht überlassen, sondern er reklamiert es für die Praktische Philosophie.

Dabei übersieht er jedoch, daß die Ökonomie Verfahren zum Gegenstand der Betrachtung hat, die die Auszeichnung gerechtfertigter vor ungerechtfertigten Bedürfnissen in konsensfähiger (pareto-optimaler) Weise bewältigen sollen.

Dagegen bezieht sich die hier geäußerte Aufforderung, eine (auch) normative Politische Ökonomie zu betreiben, über Kambartel teilweise hinaus auf die Notwendigkeit einer komparativen Analyse verschiedener Verfahren unter Berücksichtigung der realen Bedingungen, unter denen das i. a. konsensfähige Pareto-Kriterium nicht ohne weiteres als das Ergebnis eines unverzerrten konsensbildenden Verfahrens vorausgesetzt werden kann.

II.

Friedrich Kambartel will seine Bemerkungen zum normativen Fundament der Ökonomie sowohl auf die Volks- als auch auf die Betriebswirtschaftslehre bezogen wissen (S. 108)²⁷. Da auf einen einheitlichen Begriff des Ökonomischen nicht ohne weiteres zurückgegriffen werden kann, definiert Kambartel ökonomische Probleme als "solche der Bewältigung von Mangelsituationen, ausführlicher von Situationen, in denen Güter, die zur Herstellung anderer Güter oder unmittelbar der Bedürfnisbefriedigung dienen, knapp sind" (S. 108). Diese Aussage, hinter der er (richtigerweise)²⁸ einen ökonomischen Konsens vermutet, kritisiert er als unscharf. Denn sie verwische den "Unterschied

zwischen einer auch bedürfniskritischen und einer bloß technischen Bewältigung von ökonomischen Mangelsituationen" (S. 109).

Aus diesem Grunde hält Kambartel eine "systematische Neuorientierung" (S. 109) für angebracht, um aus den mit dem Postulat alleweil präserter und zu überwindender Knappheitssituationen - wobei die Ökonomie Hilfe zur Bewältigung leisten soll - verbindbaren Intentionen die begründbaren auszusondern und so das Gemeinte zu begreifen.

Dieser Wunsch zu begreifen führt zur Einführung neuer Begrifflichkeit.

Praxis: Zusammenhang zweckgerichteter Handlungen und Tätigkeiten - sei entweder selbst Bedürfnisbefriedigung oder stelle darauf ab, Situationen herbeizuführen, in denen Bedürfnisbefriedigungen möglich sei/werde oder von denen ausgehend weitere Praxis solche Situationen herbeiführen könne (S. 109 f.).

Bedürfnisbefriedigung der ersten Art diene der Herbeiführung von Situationen, die - aber vielleicht nicht ausschließlich - um ihrer selbst willen erstrebt werden, bezeichne also einen Vorgang, an dessen Ende die Bedürfnisbefriedigung stehe, während andererseits im Falle der Bedürfnisbefriedigung zweiter Art Praxis um ihrer selbst willen eingegangen werde und somit selbst den Zweck darstelle. Dies ist dann Genuß. Da Bedürfnisbefriedigung in der Regel nicht ohne weiteres möglich, sondern an genau beschreibbare Situationen gebunden ist, die zunächst herbeigeführt werden müssen, haben Personen P ein Interesse an diesen bedürfnisrelevanten Situationen, und zwar explizit, wenn sie die Bedürfnisrelevanz erkennen und implizit, wenn sie ihnen nicht bewußt ist. Es kann auch ein Interesse an Situationen bestehen, die nur mittelbar der Bedürfnisbefriedigung dienen. ²⁹⁾ Diese Bedürfnisse oder Interessen (bei

synonmem Sprachgebrauch) unterscheidet Kambartel "vom Bedarf oder der Nachfrage im heute üblichen ökonomischen Sinne" (S. 111). Bedarf kann nämlich lediglich organisationsbedingt (im Falle zirkulärer Produktionsprozesse - siehe unten V.) entstehen, ohne daß Bedürfnisse zugrundeliegen (S. 111). Deshalb kann ein Gut auch nur dann vorliegen, wenn es als Mittel zu irgendjemandes Bedürfnisbefriedigung geeignet ist, genauer: wenn ein Individuum P ein Interesse an einer Situation s hat, dann ist diese Situation "s" ein Gut.

Praxis (ein Handlungs- oder Tätigkeitszusammenhang - S. 109), die die Herstellung von Gütern zum Ziel hat, heißt Produktion dieser Güter; werden die Güter unmittelbar zur Bedürfnisbefriedigung verwendet, so ist dies Konsumtion.

Auch dieser Begriff hat also einen normativen Gehalt; denn eine Verwendung der Güter (sprich: Ausnutzung bedürfnisrelevanter Situationen) lediglich zur Befriedigung eines Bedarfs heißt dementsprechend nicht Konsumtion. Für diese Tätigkeit schlägt Kambartel allerdings einen Begriff nicht vor. Man könnte von (ungerechtfertigtem) Verbrauch sprechen. 30)

Dient ein Gut zur Produktion eines anderen, so ist es Produktionsmittel.

Auch wenn ein Bedürfnis zugrundeliegt, muß die entsprechende Güterproduktion noch nicht gerechtfertigt sein. Soll sie berechtigt sein, so muß ein vernünftiges Interesse dahinterstehen, "das Vernünftige (ist) vom bloß Faktischen zu unterscheiden" (S. 112 f.). Diese Unterscheidung erfolgt auf der Basis praktischer Vernunft.

Vernünftig ist ein Interesse (Bedürfnis) dann, wenn einem mit diesem Interesse verbundenen Begründungsanspruch entsprochen werden kann, so daß lediglich für bestimmte Subjekte gültige Bekundungen durch solche Orientierungen ersetzt werden, die bei zwangloser Verständigung eine Zustimmung aller Betroffenen erlauben (S. 113). Diesem Problem geht Kambartel an dieser Stelle jedoch nicht nach, sondern er verweist auf eigene und weitere Ausführungen, die hier unter III. erörtert werden.

Das normative Fundament der Ökonomie besteht also aus zwei zu stellenden Vorfragen:

1. Welchem Bedarf liegt auch ein Bedürfnis zugrunde?
2. Welche Bedürfnisse sind gerechtfertigt?

Auf dieser Grundlage wendet sich Kambartel der Frage zu, worin das von der Ökonomie als Grundproblem aufgegriffene Knappheitsproblem besteht. Dies führt zur Einführung weiterer Begriffe. Die Knappheit von Gütern, die zur Bedürfnisbefriedigung dienen könnten, sei im Regelfall darauf zurückzuführen, daß diese Güter nur durch Einsatz von Arbeit verfügbar werden. Aus jedem Bedürfnis folge auch das formale Bedürfnis nach Zeit (zur Bedürfnisbefriedigung). Arbeit im weiteren Sinne behindere die Bedürfnisbefriedigung, entweder direkt oder, weil sie eine zeitkonsumierende Aktivität ist, indirekt. Arbeit im engeren Sinne ist jede Arbeit im weiteren Sinne, die - als zusätzliches Definitionselement - "eine zumindest partiell unerwünschte Tätigkeit darstellt" (S. 114).

Die Frage allerdings, auf welcher Ebene der Rechtfertigung hier von "partiell unerwünschter Tätigkeit" die Rede sein kann, stellt sich Kambartel nicht. Es ist demnach offen, ob der implizit postu-

lierte Wunsch nach Absens partiell oder ganz unerwünschter Tätigkeiten, also der Wunsch, nurmehr erwünschte Tätigkeiten auszuführen, nur geäußerter Bedarf ist, Bedürfnis oder aber berechtigtes Bedürfnis.

"Wo immer Interessen nicht ohne Arbeit im engeren Sinne befriedigt werden können, ist eine Mangelsituation zu bewältigen" (S.114). Eine Mangelsituation soll jedoch auch dann vorliegen, wenn die zur Verfolgung bestimmter Interessen benötigten Güter nicht oder nicht in ausreichendem Maße zur Verfügung stehen, zum Beispiel weil ein Produktionsverfahren für diese Güter nicht angegeben werden kann.

Knappheit dagegen soll sich nur auf solche Mangelsituationen beziehen, zu deren Behebung Güter vonnöten sind, deren Produktionsverfahren prinzipiell bekannt ist. Ihre Herstellung erfordert Verzicht entweder im Bereich der Konsumtion durch Modifikation des zugrundeliegenden Interessenssystems oder im Bereich der Produktion durch Hinnahme von produktionsbedingten Lebensbeeinträchtigungen (S. 114).

Zusätzlich wird noch der Begriff der unvermehrbaaren Güter eingeführt. Diese Güter stellen ein Knappheitsproblem dar, das durch Arbeit im engeren Sinne prinzipiell nicht bewältigt werden kann (S. 115). Kambartel führt mit diesen Definitionen bewußt einen Gegensatz zum herrschenden ökonomischen Sprachgebrauch herbei (vgl. S. 114). Eine Mangelsituation in Anlehnung an den herrschenden ökonomischen Sprachgebrauch würde nämlich dann bestehen, wenn Güter im Verhältnis zum (angemeldeten) Bedarf rar sind; diese Güterknappheit sei jedoch in der Regel durch Arbeit zu beheben. Dazu sei lediglich (!) Voraussetzung, daß Güter durch Produktion

geschaffen oder vermehrt werden können. Lasse sich diese Produktion in hinreichendem Umfang so organisieren, daß keine Arbeit im engeren Sinne nötig sei, so bestehe gar keine Mangelsituation. Andererseits reduziere sich das Problem der Güterknappheit genau auf die Frage, inwieweit direkt Interessen zurückgestellt werden sollen oder inwieweit Arbeit im engeren Sinne in Kauf zu nehmen sei (S. 114 f.).

Die Bemerkung zur Reorganisation der Produktion mit dem Ziel, daß keine Arbeit im engeren Sinne nötig werde, bezieht sich auf die Möglichkeit des Absenses zirkulärer Produktionsprozesse.

Die beiden von Kambartel zugelassenen Formen der Knappheit, Präsenz unvermehrbarer Güter und Präsenz eines Defizites zwischen Bedürfnissen und vorhandenen Gütern mit der Möglichkeit, das Defizit durch Einsatz von Arbeit im engeren Sinne (partiell unerwünschte Tätigkeit) zu überwinden, trennt Kambartel auch terminologisch; in

1. mengenwirtschaftliche Probleme und
2. ökonomische Probleme im engeren Sinne.

Beide Problemgruppen machen dann wirtschaftliche oder ökonomische Probleme im weiteren Sinne aus (S. 115).

Ökonomische Probleme stellen sich jedoch nur begründet, wenn sie der Interessenkritik standhalten; anderenfalls handelt es sich um irrelevante ökonomische Probleme. Diese Interessenkritik, das ist eine Kritik mit Hilfe nichtökonomischer Argumente, z. B.: "Der Hinweis auf den zu erwartenden Lungenkrebs (ist) kein ökonomisches Argument gegen das Rauchen" (S. 116), - wird aber von Kambartel als Voraussetzung ökonomischer Analyse angesehen; denn im Anschluß an diese Unterscheidung postuliert er die "erste Grundnorm einer

vernünftig verstandenen Ökonomie (...) als die Aufforderung (...), sich nur ökonomisch relevanten Situationen zuzuwenden" (S. 117).

Ökonomisch relevante Problemsituationen sind gleichwohl solche, in denen angemeldete Bedürfnisse durch ein ihnen entsprechendes Güterangebot befriedigt werden müssen. In dem Prozeß der Rechtfertigung angemeldeter Bedürfnisse spielt naturgemäß der Einwand der bei der Produktion entstehenden Kosten eine entscheidende Rolle. Auch "jede nicht willkürliche Kostenangabe (ist) Funktion einer kritisch gewonnenen Interessenbasis" (S. 118) und bedarf deshalb eingehender Diskussion. Diese Diskussion wird bei Kambartel auf die Berücksichtigung des Produktionsfaktors Arbeit begrenzt. Dies ergibt sich sogleich aus der von ihm vorgeschlagenen Definition, der zufolge Güter nur durch Einsatz von Arbeit verfügbar werden. Zum Problem wird die Güterproduktion "ökonomisch" (im Gegensatz zu "technisch") dann, wenn sie Arbeit im engeren Sinne, d. h. eine zumindest partiell unerwünschte Tätigkeit erfordert. Unter Kosten eines Gutes versteht Kambartel (er führt die Definition nicht explizit ein, sondern schiebt sie in Klammern gesetzt gegen Ende des Aufsatzes nach: S. 124) den Aufwand an Arbeit, den die Produktion des Gutes voraussetzt. Dieser Aufwand erweist sich jedoch als nicht ohne weiteres meßbar, da Arbeit mehrere aufeinander nicht ohne weiteres beziehbare Dimensionen hat. Zum einen ist nämlich Kambartel zufolge Arbeit selbst eine Tätigkeit, die in unterschiedlichem Maße der Bedürfnisbefriedigung dient/dienen kann. Zum anderen erfordert sie ein unterschiedliches Maß an Ausbildung. Davon verschieden ist drittens der Nutzenaspekt: "Arbeit einer bestimmten Art kann im Rahmen der Produktionspraxis einen mehr oder weniger großen Nutzen abwerfen" (S. 119). Das dritte Problem bleibt jedoch zunächst aus-

geblendet; das Problem der unterschiedlichen Ausbildungserfordernisse will Kambartel so lösen, daß, wenn der Arbeitsaufwand als eine Zeitgröße angegeben werden kann, die Ausbildungsinvestitionen anteilig auf die Arbeitszeit verrechnet werden, in die sie als Kompetenz eingehen (S. 119). Nun ist Ausbildung, wenn sie als Investition aufgefaßt wird, sicherlich auch eine zumindest partiell unerwünschte Tätigkeit, für die dann ebenfalls die geeignete Umrechnung in Zeiteinheiten angegeben werden müßte. Dieses Problem stellt sich Kambartel jedoch erst explizit in Zusammenhang mit der ersten Dimension. Hier fordert Kambartel, daß zur Konstruktion eines universalen Maßes des Arbeitsaufwandes die bedürfnisbezogene Qualität von Arbeit eingeschätzt werden müßte, "und zwar offenbar vernünftigerweise so, daß Arbeit, die in höherem Maße Bedürfnisse einschränkt, einen größeren Aufwand darstellt" (S. 120).

Das Meßverfahren, oder wenigstens weitere Kriterien für die Ausgestaltung des Meßverfahrens, gibt Kambartel nicht an.

Ausdrücklich wendet sich Kambartel jedoch gegen die "Verwischung" (S. 119) des Nutzen- und des Kostenaspektes, die er der "herrschenden subjektiven Wertlehre" anlastet. "Selbstverständlich" lasse sich eine Praxis, zu deren faktischen Organisationsprinzipien eine von subjektiven Nutzenpräferenzen beeinflusste Aufwandsrechnung gehöre, nicht gegen die Möglichkeit eines nutzenunabhängigen Kostenbegriffes anführen (S. 119). Geradezu im Gegenteil lasse sich kritisieren, daß faktische Lohnsysteme das Ausmaß der Unerwünschtheit der Tätigkeit der Arbeit nicht berücksichtigen, vielmehr erwünschte Tätigkeit höher entlohnt werde als unerwünschte. Beispiele entnimmt er dem Ausbildungsbereich. Daraus

wird gefolgert, daß eine normativ orientierte Ökonomie sich nicht als technischer Hilfsdienst der vorfindbaren Arbeitsaufwands- und damit Kostenrechnungen sowie der daran angeschlossenen ökonomischen Praxis verstehen kann. Nur in dem Maße, wie eine gerechtfertigte Bewertung der für einen Produktionszusammenhang notwendigen Arbeiten eingebracht wird, könne sich in nichtwillkürlicher Weise von den Kosten einer bestimmten Güterproduktion reden lassen (S. 121).

Auf diese grundsätzlichen Erwägungen läßt Kambartel einige "obiter dicta" ("übrigens", vgl. S. 121) folgen, die ein Licht auf die hinter seinen Ausführungen liegenden lebenspraktischen Erfahrungen werfen und seinen Erkenntnishorizont erhellen und deshalb kurz wiedergegeben werden sollen. Kambartel konfrontiert hier den zunächst formulierten normativen Anspruch mit Eindrücken und Erfahrungen aus der Alltagswelt (unerwünschter Bau von Kirchen, Nachteile der Gebietsreform, Umweltschutz am Bodensee). Zum einen unterstellt Kambartel einen zirkulär ablaufenden gesamtgesellschaftlichen Produktionsprozeß, der sich faktisch in unkontrolliertem und von den Bedürfnissen abgelöstem Wachstum ausdrückt. Problem seien Knappheits- und Überflüßerscheinungen, die daher rühren sollen, daß statt der Einschätzung der geleisteten Arbeit eine relative Gebrauchswerteinschätzung der zugrundeliegenden Kosten unterlegt wurde. Zum anderen komme es zu Verzerrungen aufgrund von politisch gesetzten Preisen.

Offenbar als Skizze einer so verstandenen bedürfnisgerechten ökonomischen Betrachtung verweist Kambartel ferner anhand einiger Beispiele auf die Notwendigkeit, Nebenfolgen der Konsumtion-

und Produktionsbedingungen systematisch kostenmäßig zu betrachten (Externalitäten). Auf die insoweit angesprochenen Probleme wird unter (V.) noch eigens kurz eingegangen.

Fassen wir zusammen: Kambartel fordert von der Ökonomie als Wissenschaft, sie solle sich nur mit ökonomisch relevanten Problemen, genauer: ökonomisch relevanten Knappheitsituationen beschäftigen. Daraus folgt zum einen die Aufforderung, Prozesse zu analysieren, die zu einer von den Bedürfnissen entfernten Produktion führen (können). Dies beinhaltet weiterhin, nur solche Knappheitssituationen ökonomisch zu analysieren - und damit bewältigen zu helfen -, die zuvor einer nichtökonomischen Kritik ausgesetzt waren. Nur die Befriedigung von in diesen interdisziplinären Verfahren gerechtfertigten Bedürfnissen gibt begründete ökonomische Problemstellungen ab.

Zum anderen sind auch die Kosten "auf ein gerechtfertigtes Bedürfnissystem" zu beziehen (S. 124). Kosten sind damit gleichsam gerechtfertigte Bedürfnisse, die dem Produktionsprozeß aufgeopfert werden. Ziel dieser Neuorientierung ist ein Gewinn an Rationalität wirtschaftlicher Prozesse. Kriterien für diese Rationalität ist das Ausmaß der Bedürfnisbefriedigung, und zwar bezogen auf jedes einzelne Individuum (Person).

Zur Bereitstellung rationaler Lösungen dienen zwei nachgeschaltete Verfahrensabläufe, ein spezifisch ökonomischer zur Kennzeichnung desjenigen Bedarfs (geäußerte Nachfrage), der auch einem Bedürfnis entspricht (Überwindung organisatorischer Ineffizienz) und einem nichtökonomischen zur Kennzeichnung von berechtigten vor nachgeordneten Bedürfnissen.

Im folgenden Abschnitt wird zunächst auf die zweite. Verfahrens-
stufe eingegangen, die vorgängig die Voraussetzung einer ökonomi-
schen Analyse sein soll und den für die ökonomische Diskussion
30 a)
neuen Beitrag der praktischen Philosophie enthält.

III.

Die Kenntnis des Verfahrens zur Auszeichnung "vernünftiger Bedürf-
nisse" setzt Kambartel in seinen Bemerkungen zum normativen Fun-
dament der Ökonomie voraus, verweist allerdings auf "an anderer
Stelle Gesagtes" (S. 113, Fußnote 5). An anderer Stelle müßte
demnach der Nachweis zu finden sein, daß die Auszeichnung berech-
tigter vor weniger oder gar unberechtigten Bedürfnissen in gültiger
Weise "vernünftig" möglich ist und den zuvor (I.) erörterten An-
forderungen, die an gültige Begründungsverfahren zu stellen sind,
genügt.

Mit seinem Verweis auf früher Gesagtes erleichtert Kambartel die
interdisziplinäre Diskussion keineswegs. In dem bezeichneten Sammel-
band, auf den in toto verwiesen wird ³¹⁾, geht es um die prinzi-
pielle Frage, ob "praktische Philosophie möglich sei". Im einzelnen
findet eine Auseinandersetzung zwischen der "Frankfurter" und der
"Erlanger Schule" statt, die neben einer Reihe von Divergenzen
an Gemeinsamkeiten voraussetzt:

1. daß es möglich sei, in rationaler Weise über wertende Orientie-
rungen gesellschaftlicher, insbesondere wissenschaftlicher Praxis
zu urteilen, und
2. Rationalität sich über Kriterien verbindlich definieren lasse,

denen Bemühungen (Diskurse) genügen müssen, durch die bloß subjektive Meinungen sich objektivieren (transzendieren) lassen.

Strittig ist vor allem, wie sich dieses Prinzip selbst allgemeine Anerkennung verschaffen soll, insbesondere, ob die Anerkennung einen individuellen Willensakt voraussetzt oder ob auf eine bereits zu beobachtende Praxis bezug genommen werden kann. Auf diese Frage ist in unserem Zusammenhang jedoch nicht einzugehen. Da nämlich Kambartel die rationale Entscheidung über knappe Ressourcen in dem Sinne für möglich hält, welche und d. h. insbesondere: "wessen" - Bedürfnisse als berechtigt anerkannt und befriedigt werden sollen, während die Frage der effizienten Befriedigung der als gerechtfertigt anzusehenden Bedürfnisse - die ökonomisch relevante Situation - Aufgabe einer "vernünftig verstandenen Ökonomie" bleibt, kommt es in diesem Zusammenhang nur darauf an festzustellen, wie die Verfahren beschaffen sind, mit deren Hilfe das Beurteilungsproblem gelöst werden soll, und ob seine Ergebnisse als Voraussetzung für eine sich anschließende "vernünftige" ökonomische Analyse ausreichen.

Die von der Erlanger Schule vorgeschlagenen Verfahren zur Konfliktbewältigung, hier: Auszeichnung berechtigter Bedürfnisse - beruhen sämtlich auf der Vorstellung der Konfliktbewältigung durch Reden.³²⁾ In dem von Kambartel zitierten Band werden zwei prinzipiell verschiedene Verfahren zur Bewältigung von Interessenkollisionen vorgeschlagen, das Schwemmersche Moralprinzip³³⁾ und ein von Friedrich Kambartel nicht näher benanntes, hier einmal als ideal charakterisiertes Dialogverfahren.³⁴⁾

Schwemmer geht von zweckrational handelnden Beratungsteilnehmern aus, deren Zwecke sich in eine Hierarchie bringen lassen. Wenn nun diese Zwecke miteinander kollidieren, so soll der Konflikt in der folgenden Weise gelöst werden:

"Suche in einem Konflikt zwischen Zwecken, die miteinander verträglichen Oberzwecke zu den konfligierenden Zwecken und schlage nur solche Änderungen für die konfligierenden Zwecke vor, bei denen die vorgeschlagenen Zwecke Unterzwecke der miteinander verträglichen, im ersten Schritt festgestellten Oberzwecke sind". ³⁵⁾

Es wird also davon ausgegangen, daß die kollidierenden Zwecke, die ja nur Ausfluß von Oberzwecken sind, sie sind sozusagen vermittelte Zwecke, sich solange transformieren lassen, bis die gegeneinander stehenden Unterzwecke kompatibel sind. Bezogen auf das Problem der Auszeichnung berechtigter vor weniger berechtigten und daher angesichts der Knappheit von Gütern zunächst unbefriedigt zu lassenden Bedürfnissen bedeutet dies, daß sich das Knappheitsproblem nur scheinbar gestellt hat. Es ist den beteiligten Individuen (Personen) nämlich unterstelltermaßen möglich, ihre Bedürfnisse so zu modifizieren, daß alle Bedürfnisse befriedigt werden können, ohne daß eine Zurückstellung im einzelnen notwendig wäre.

Der zugrunde liegende Sachverhalt läßt sich grafisch einfach in einer in der Ökonomie gebräuchlichen Weise darstellen. Zwei Personen, I und II, melden beide das Interesse A an, und zwar beide in einem gleichen Umfang so, daß diese Interessen kollidieren. Jede Person läßt nämlich bei Verwirklichung seines Anspruches für die Verwirklichung des Anspruches der anderen Person keinen Raum. Nun besinnen sich beide auf den dem Subinteresse zugrunde liegenden Kern, der auch bei Durchsetzung des Interesses B verwirklicht

werden kann. Durch Transformation ergibt sich eine Situation, in der die Interessen beider Personen sich vereinbaren lassen und verwirklicht werden können. Wie aus der Folge der Grafiken ersichtlich, hängt die Möglichkeit - grafisch gesprochen - von der Gestalt

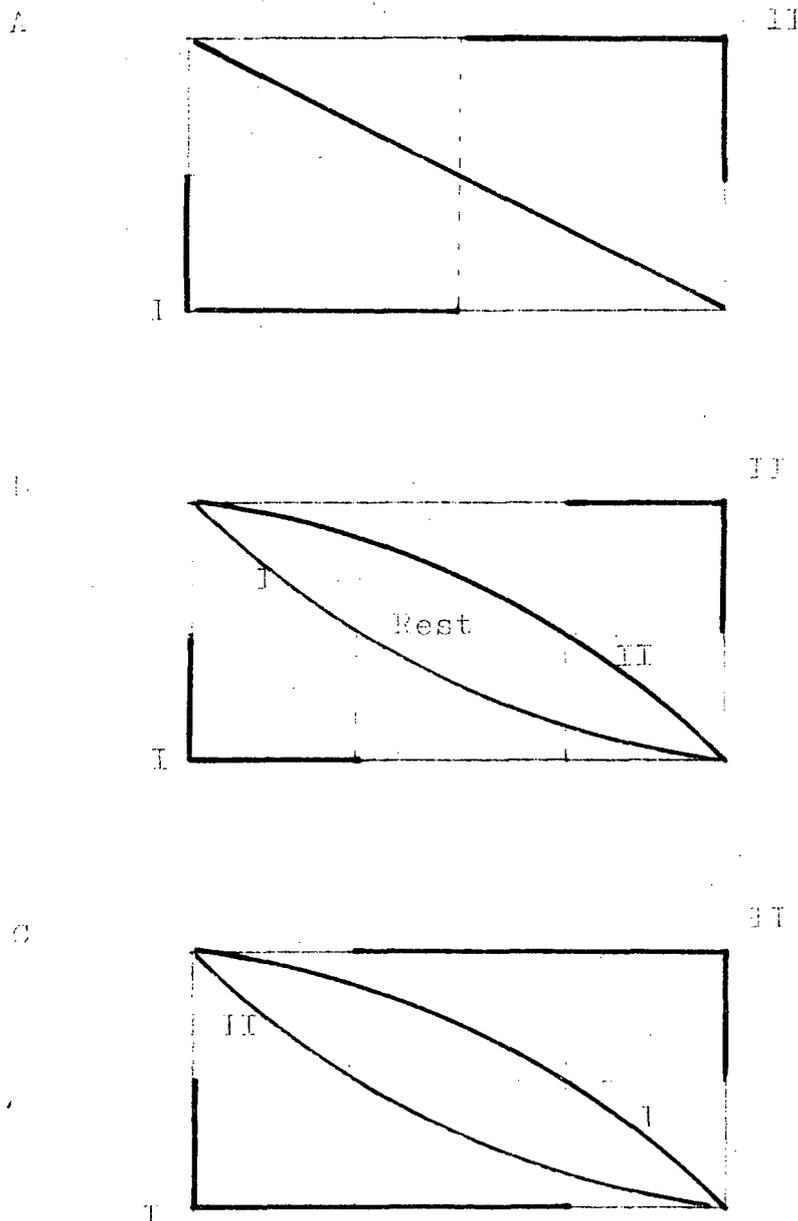


Fig. 1

Graphische Darstellung des SCHWEMMERSchen Moralprinzips

Die konfligierenden Zwecke I und II sind horizontal gegenläufig abgetragen. Die Gestalt der Transformationskurve gibt an, ob Oberzwecke verträglich (A und B) sind oder unverträglich (C). In den Fällen A und B kann der Konflikt durch Verfolgen eines alternativen Unterzweckes (vertikal abgetragen) gelöst werden.

der Transformationskurve ab. Grafik A bezeichnet mit der diagonal verlaufenden Transformationskurve einen Sonderfall; die vorhandenen Ressourcen reichen genau für die angemeldeten Bedürfnisse aus, es bleibt kein Rest. Grafik B erläutert anhand von konvex verlaufenden Transformationskurven, daß durch Transformation sogar noch ein Effizienzgewinn in dem Sinne möglich ist, daß nach Lösung des Interessenkonfliktes ein Rest bleibt. Die eigentlich schwierige Situation stellt sich jedoch so, wie sie in Grafik C dargestellt wurde: Die Transformationskurve ist konkav. In diesem Falle ist durch Transformation keine Lösung des Interessenkonfliktes zu erwarten. Das Schwemmersche Moralprinzip gilt also nur im Falle von konvexen (den Grenzfall der Geraden einschließenden) Transformationskurven. Dieses von Schwemmer als Moralprinzip bezeichnete Kriterium ist mit dem in der Ökonomie nach Pareto benannten und von Kaldor und Hicks in die wohlfahrtsökonomische Diskussion eingebrachten Prinzip identisch ³⁶⁾, dem zufolge solche Situationen als effizient zu bezeichnen sind, in denen eine individuelle Besserstellung nur mehr auf Kosten der Schlechterstellung (mindestens) des anderen Individuums möglich ist. Diese effiziente Situation ist aber nur dann als gerecht (bzw.: "vernünftig") zu bezeichnen, wenn die Einkommens- und Vermögensverteilung unter allen Individuen für vernünftig und gerecht befunden wird. Hier hat nun bei Schwemmer - wie man verwundert feststellen wird - fernab von formal-ökonomischen Betrachtungen in der Moralphilosophie die "unbefleckte Empfängnis der Indifferenzkurve" ³⁷⁾ stattgefunden und das Knappheitsproblem als solches verschüttet. Dies sieht Kambartel übrigens auch: "Offenbar kann das auf dieser Basis mögliche Verfahren der Argumentation für gerechtfertigte Zweckmodifikationen nur bestimmte

Zweckallokationen rational auflösen - entgegen der Meinung von Schwemmer und Lorenzen. Zwar gestattet es Schwemmers Moralprinzip, der Verselbstständigung abgeleiteter Zwecke argumentativ entgegenzuwirken, kurz: den Gebrauch bloßer Mittel als Selbstzwecke zu wehren; dabei können auch zunächst als Bedürfnisse (...) angemeldete Zwecke in ihrem Bedürfnischarakter kritisiert werden. (...) Verteilungsnormen (meine Hervorhebung, J. B.) für eine Situation, in der einem begründeten allgemeinen Bedürfnis knappe Mittel gegenüberstehen, lassen sich mit dem Schwemmerschen Verfahren nicht rechtfertigen. Bei einer Gleichverteilungsnorm mit gerechtfertigten Ausnahmeklauseln etwa geht es ja nicht darum, zweckrational äquivalente Lösungen zu finden, sondern gerechte Abstriche, z. B. bei der Befriedigung primärer Bedürfnisse, festzulegen. Schwemmer wechselt also ein bestimmtes, sehr wichtiges Verfahren zweckrationaler Argumentation, das selbst einer moralischen Begründung bedarf und fähig ist, mit dem Verfahren moralischer Begründung überhaupt" 38).

Insofern ist es unverständlich, warum Kambartel dennoch auf dieses in seiner Terminologie eigentlich als "technisch" zu bezeichnende Verfahren im Rahmen seiner normativen Untersuchung hinweist. 39)

Das von Kambartel selbst vorgeschlagene Verfahren, der ideale Diskurs, wird angesehen als Möglichkeit zur Überwindung von Interessenkollisionen. Eine Interessenkollision soll dann gegeben sein, "wenn für die in einem Handlungszusammenhang stehenden Personen oder Gruppen keine Handlungsweisen verfügbar sind, die es ihm gestatten, alle ihre Interessen zu verfolgen; und zwar deswegen nicht, weil die Einlösung bestimmter Interessen stets (...) das Zurückstellen anderer Interessen bedeutet". 40) Ergebnis des Dialogs müssen diesem Anspruch nach begründete Verteilungsnormen sein.

Die kollidierenden Interessen müssen nicht die verschiedener Individuen sein. Die Kollision soll in einer unverzerrten Kommunikationssituation oder idealen Sprechsituation (S. 67) behoben werden, und zwar so, daß private oder gruppenrelative Meinungen und Zielsetzungen in Richtung auf eine transsubjektive Orientierung verlassen werden. Als Basisidee (S. 66) wird der sokratische Dialog ausdrücklich angegeben. Dieser ideale Dialog heißt nur dann rational, wenn er unvoreingenommen, zwanglos und nicht persuasiv ist. Unvoreingenommen ist ein Dialog genau dann, "wenn alle Beteiligten bereit sind, für diese Bemühung die theoretischen und praktischen Orientierungen ihres Handelns sämtlich in Frage stellen zu lassen, für die eingeleitete Bemühung also (erst einmal) auszuklammern, bis sie gegebenenfalls erneut oder modifiziert als gemeinsame Orientierung erarbeitet sind" (S. 66 f.). Zwanglos bedeutet den Absens sanktionsbedingter Redehandlungen. Persuasiv ist ein Dialog genau dann, "wenn darin das Geben oder Verweigern einer Zustimmung durch den wider besseres Wissen erfolgenden Appell an fraglos hingewonnene Vororientierungen gewonnen wird" (S. 67). Um nicht sogleich ein technisches Hindernis aufzubauen, wird die tatsächliche Beteiligung aller Betroffenen an dem Dialog nicht gefordert, vielmehr reicht die angemessene Berücksichtigung der nichtpräsenten Interessen, so daß unter Begründung ein rationaler Dialog verstanden werden kann, "der zur Zustimmung aller Beteiligten dazu führt, daß die in Frage stehende Orientierung bei allen Betroffenen in einer für diese fingierten, unverzerrten Kommunikationssituation zur Zustimmung gebracht werden kann" (S. 68). Die so gewonnene Begründung besitzt keine universale Gültigkeit, sondern sie ist nur prima facie und angesichts der konkreten Rahmenbedingungen

(situationsabhängig) gültig (S. 70). Die gewonnenen Begründungen unterliegen ferner einer Art technologischem Veraltungsprozeß, die "Objektivationen" unterliegen einem Prozeß der Entwicklung und Modifikation. 41)

IV.

Kambartel benötigt den Nachweis, daß es möglich sei, dem Wort "vernünftig" bezogen auf Interessen einen guten Sinn zu geben (S. 113) genau an der Stelle, an der er die für die Kernaussage, die Aufforderung an die Ökonomie, sie solle sich nur ökonomisch relevanten Problemen zuwenden, wichtigste Unterscheidung einführt: Gerechtfertigte Bedürfnisse sollen auf der Basis vernünftiger Bedürfniskritik vor übrigen (angemeldeten) Bedürfnissen ausgezeichnet werden mit der Folge, daß (vorerst) nur die gerechtfertigten Bedürfnisse befriedigt werden (können).

Diese vernünftige Bedürfniskritik soll der ökonomischen Betrachtung stets vorangehen, und zwar deshalb, weil davon auszugehen ist, daß die herrschende ökonomische Lehre die ökonomische Praxis, d. h. die Produktion und Konsumtion von Gütern, steuert (S. 119).

Für den Ökonomen, der Kambartels Grundnorm befolgen will, stellt sich aufgrund der Kambartelschen Präskriptionen ein praktisches Problem. Kambartel hat nur behauptet - und diese Behauptung wird im folgenden als bewiesen unterstellt, da die Falsifikation nicht im Bereich ökonomischer Kompetenz liegt - daß es Verfahren gibt, die dazu geeignet sind, private, subjektive Werthaltungen, Meinungen und Ziele in Richtung auf eine transsubjektive Orientierung

zu verlassen, daß also eine Art Objektivierung subjektiver Meinungen und Werthaltungen - mindestens annähernd - möglich sei. Dies ist aber allenfalls eine Existenzbehauptung, nicht aber die Angabe eines konkreten Verfahrens, also weniger als eine Präskription, der der Kambartels Grundnormen gehorchende Ökonom einfach zu folgen hätte. Das erste der Verfahren, auf das Kambartel verwies: das Schwemmersche Moralprinzip - erwies sich als die für den Ökonomen insoweit triviale Technik pareto-optimaler Verbesserungen. Das zweite Prinzip nun, der in der sokratischen Nachfolge tradierte Diskurs, soll es gestatten, durch "zwanglose Verständigungen" Mangelsituationen zu überwinden und vernünftige Bedürfnisse (statt bloßen Bedarfs) zu befriedigen.

Da nun Kambartels Aussagen hierzu doch insgesamt recht knapp ausgefallen sind, sei für das gemeinte Verfahren auch auf die Überlegungen Jürgen Habermas' ⁴²⁾ abgehoben, um es anschließend dem Verfahren gegenüberzustellen, die der Ökonom als Verfahren zur Ermöglichung "vernünftiger Bedürfnisbefriedigung" zu erwägen pflegt. ⁴³⁾

Ein Diskurs wird ideal genannt - und in diesem Fall dem Ökonomen zur Anwendung empfohlen - wenn er bestimmte Kriterien erfüllt, die zwar gemeinhin als Troika formuliert werden ⁴⁴⁾, tatsächlich aber nicht weniger als 7 Bedingungen umfassen. Diese sind:

1. Betroffenheit.

Alle von den Entscheidungen Betroffenen müssen an dem Verfahren beteiligt sein. ⁴⁵⁾ Abstriche macht Kambartel jedoch an anderer Stelle. Nicht anwesende Betroffene, die nicht bereit oder in der Lage sind, in einen rationalen Dialog im präzisierten Sinne einzutreten, werden nämlich nicht zustimmen, wenn nicht in einer

fingierten Kommunikationssituation ihre Interessen mit berücksichtigt werden. ⁴⁶⁾ Daraus ergibt sich bereits ein Hinweis auf das zweite Kriterium:

2. Einstimmigkeit.

Die Ergebnisse des Verfahrens sind an die Zustimmung aller Beteiligten gebunden. ⁴⁷⁾

3. Chancengleichheit.

Die Verhandlungsmacht aller Beteiligten muß gleich sein in dem Sinne, daß nicht asymmetrische Strukturen, in die die Teilnehmer am Verfahren außerhalb des Verfahrens eingebunden sein mögen, sich innerhalb des Verfahrens reproduzieren. ⁴⁸⁾

4. Zwanglosigkeit.

Kommunikationshandlungen, insbesondere des Gebens oder Verweigerens von Zustimmungen, dürfen nicht sanktionsbedingt sein. ⁴⁹⁾ Nur Verfahrenskonforme Verständigungsformen sind einzuschlagen, bei Dialogen insbesondere: Verzicht auf rethorisches, persuasives Reden.

5. Vollständige Information.

Information soll in dem Maße in das Verfahren eingehen, wie sie einschlägig ist und prinzipiell bekannt. ⁵⁰⁾

6. Kompetenz.

Teilnehmer am Verfahren müssen vernünftig sein in dem Sinn ihrer Fähigkeit, an dem Verfahren teilzunehmen. ⁵¹⁾ Habermas geht sogar noch weiter: Er versteht Kompetenz auch als die Gutwilligkeit, den anderen oder sich nicht zu täuschen: Die Wahrhaftigkeit der Kommunikation. ⁵²⁾ Dies folgt jedoch aus

7. Unvoreingenommenheit.

Alle Teilnehmer am kommunikativen Verfahren sind bereit, die theo-

retischen und praktischen Orientierungen ihres Handelns sämtlich infrage zu stellen. ⁵³⁾ Dieses Kriterium hat insofern einen anderen Stellenwert, als es als Verhaltensannahme einen bestimmten, kooperativen Menschen voraussetzt, während die ersten 6 Kriterien verfahrensspezifische Charakteristika formulierten. Diese Unterscheidung ist bedeutsam, denn der auch normative Fragestellungen zulassende Begründungsbegriff war oben (I.) als über Kriterien, denen Verfahren zu genügen haben, definiert in Aussicht gestellt worden, während ein auf bestimmten Verhaltensannahmen beruhender Begründungsbegriff andere Erwägungen erfordert hätte. Daß "alle Motive außer dem einer kooperativen Verständigungsbereitschaft außer Kraft gesetzt" ⁵⁴⁾ werden können, erscheint tatsächlich als kaum möglich. Habermas, der dies natürlich auch sieht, vertraut jedoch auf die Wirkung dieser kontrafaktischen Unterstellung auf alle Beteiligten, die ihre annäherungsweise Realisierung ausmache: "Das normative Fundament sprachlicher Verständigung ist mithin beides: antizipiert, aber als antizipierte Grundlage auch wirksam!" ⁵⁵⁾ Es ist nicht auszuschließen, daß für bestimmte Kommunikationssituationen, etwa wenn die Mitglieder einer kleinen Gruppe auf Dauer aufeinander angewiesen sind, ein solcher Wirkungszusammenhang tatsächlich zu erwarten ist. Diese sind jedoch nicht die für die ökonomische Betrachtung typischen Situationen, wie schon ein Blick auf die von Kambartel herangezogenen Beispiele zeigt. In aller Regel ist eine große Menge Betroffener nur in einem sehr mittelbaren Sinne auf Dauer aufeinander angewiesen, mangelnde Kooperationsbereitschaft des einzelnen wird nicht perzipiert. Die Kraft rationaler Motivation ⁵⁶⁾ erlahmt aufgrund fehlender Erneuerung durch tägliche Erfahrung.

An diesem Punkt der Überlegungen stößt man auf einen eigentümlichen Zwiespalt. Einerseits spricht Kambartel bei der Charakterisierung des ihm vorschwebenden Verfahrens zur Auszeichnung berechtigter (vernünftiger) Bedürfnisse generell von Orientierungen zwangloser Verständigung, der alle Betroffenen zustimmen. An anderer Stelle ⁵⁷⁾ ist dagegen von dem häufigsten Sonderfall: Dialog, also der Rede zweier Gesprächspartner die Rede. Entsprechend handelt Habermas im einzelnen von "idealen Sprechsituationen". Dagegen ist auch bei Habermas von interaktiver, nicht sprachlicher Kommunikation allgemein ebenso die Rede. ⁵⁸⁾ An einer Stelle wird die Möglichkeit der Substitution (gemeint wohl: Transformation) aller extraverbalen Äußerungen in sprachliche ⁵⁹⁾ gefordert, während aus dem Erörterungszusammenhang nur die Transformationsnotwendigkeit in irgendein eindeutiges Kommunikationsmedium ersichtlich ist.

Dies deutet darauf hin, daß über der Beschäftigung mit sprachlicher Kommunikation und deren Besonderheiten die übrigen Kommunikationssituationen nicht ausreichend bedacht wurden. Es unterliegt keinem Zweifel, daß das wesentliche Anliegen der Erlanger Schule sich buchstäblich auf das Einführen und Einüben begründeter Rede bezieht. Da sozialwissenschaftlich behandelte Kommunikationsvorgänge jedoch sich zwar durch Sprache beschreiben lassen, in der Regel auch auf Sprache als Medium angewiesen sind, aber nicht die Form von Diskursen haben, (konkludente) Handlungen an die Stelle (vorstellbarer) verbaler Äußerungen treten, sei im folgenden, um Kambartels Vorschlag gedanklich möglich zu machen, im Sinne eines weiten Verständnisses "idealer Kommunikation" argumentiert, um soziale Kommunikation, vor allem im wirtschaftlichen Bereich, darauf-

hin zu prüfen, wie weit sie den Kriterien idealer Diskurse, die ja genügend allgemein formuliert sind, um auf jede Kommunikationsbemühung zu passen, genügen und damit zu vernünftigen Orientierungen im Sinne Kambartels führen können. Es wurde bereits eingangs auf den Hinweis Hans Alberts verwiesen, daß soziale Interaktionsprozesse, insbesondere politische Interaktionsprozesse, gegensätzliche Meinungen, die mit gegensätzlichen Interessen verknüpft sind, verarbeiten und zu einem Konsens führen. ⁶⁰⁾ In diesen Interaktionsprozessen wird jedoch nicht, oder jedenfalls nicht nur, die Kraft der rationalen Motivation über das "bessere Argument" entfaltet; dennoch verfehlt der Prozeß nicht seine konsensbildende Wirkung, wenn bestimmte Voraussetzungen gegeben sind. Denn welches das "bessere Argument" ist, erweist sich allemal daran, welches schließlich akzeptiert, in den (vorläufigen) Konsens eingeht. Dieser Konsens nun muß unter Verfahrensbedingungen zustande gekommen sein, die es nach allgemeinem Verständnis erlauben, ihm das Prädikat (vorläufig) vernünftig zuzugestehen. Dies sind unterstelltermaßen die Bedingungen idealer Diskurse. Die angesprochenen Verfahren sozialer Interaktionen unterscheiden sich von den erörterten Diskursen jedoch hinsichtlich der problematischen Verhaltensannahme ausschließlich kooperativer Motivation.

Die beiden wesentlichen in der Ökonomie erörterten Verfahren, die einen Konsens über die Verteilung und Verwendung (Distribution und Allokation) von Mitteln (Ressourcen) herstellen, sind der Markt und der politische Prozeß, also Abstimmungen in demokratischen Gesellschaften.

Für den Markt sind Optimalitätseigenschaften nachgewiesen, wenn

bestimmte Voraussetzungen (Absens von Marktversagen) erfüllt sind. Optimalität bezieht sich dabei auf jenen Zustand, der mit dem Schwemmerschen Moralprinzip erreicht werden kann. "Optimal" wird ein Zustand im Sinne des paretianischen Kriteriums dann genannt, wenn sich keine Veränderung angeben läßt, die mindestens ein Bedürfnis besser befriedigt als bisher, ohne ein anderes zu beschneiden. Diese Optimalität bezieht sich auch auf die Möglichkeit der kritischen Hinterfragung angemeldeten, lediglich organisationsbedingten Bedarfs ⁶¹⁾; denn es ließe sich ja definitionsgemäß eine andere Organisation hinreichend deutlich beschreiben und erreichen, so daß einer von allen Betroffenen befürworteten Veränderung bis hin zu der neuen Organisationsform wegen der einhelligen Zustimmung nichts im Wege stünde. Für Abstimmungen gilt dies nicht in gleicher Weise. Es gibt eine Reihe von Unterschieden zwischen Marktentscheidungen und politischen Abstimmungsentscheidungen. Markt und politischer Prozeß unterscheiden sich zunächst hinsichtlich des Einigungs-
| erfordernisses der getroffenen Entscheidungen. Marktentscheidungen fallen stets einstimmig, und zwar so, daß sich je zwei Marktteilnehmer über eine Sache einigen. Da Betroffene der einen Marktseite mit Betroffenen der anderen Marktseite in jeweils paarweisen Einigungen kontrahieren und der Inhalt eines jeden Kontraktes den Inhalt eines jeden anderen Kontraktes bei Absens von Informationsbarrieren weitgehend vorstrukturiert, so daß Unterschiede sich jedenfalls nur aus den spezifischen Gegebenheiten der betroffenen Partner ergeben, kommt insgesamt eine einstimmige Entscheidung zustande, die auf die spezifischen Gegebenheiten aller Betroffenen Rücksicht nimmt. ⁶²⁾ Diese Partikularisierung der Entscheidung ist ein Spezifikum des Marktes. Voraussetzung ist die Teilbarkeit

derjenigen Güter, über die eine Einigung erfolgen soll.

Im politischen Prozeß dagegen müssen sich zugleich alle Betroffenen, und das sind in der Regel alle Individuen, die zur politischen Gemeinschaft, dem Staat, gehören, ^{über} gemeinsam etwa Produktion und Konsum einer bestimmten öffentlichen Leistung entscheiden. Diese individuelle Vielfalt, die Einigungen begreiflicherweise im Wege steht, wird sogleich reduziert, und zwar durch 1. repräsentative Verfahren, 2. Gruppenbildung und 3. Änderung der Einigkeitsvoraussetzung.

1. Durch einen bestimmten Modus (z. B. politische Wahlen) findet eine Selektion statt. Repräsentative Individuen entscheiden stellvertretend für alle in fingierten Kommunikationssituationen.
2. Individuen mit ähnlichen Zielen schließen sich zusammen; häufig geht dieser Zusammenschluß mit der Benennung von Repräsentanten gemäß 1. einher.
3. Einigkeitsvoraussetzung ist bei durch den Markt zustande gekommenen Entscheidungen die Einstimmigkeit. Im politischen Prozeß erweisen sich schwächere Erfordernisse als optimal.

Markt und politischer Prozeß unterscheiden sich weiterhin durch den Grad an Sicherheit, unter dem Entscheidungen getroffen werden. Können bei zweiseitigen Einigungen (Vertrag) die Ziele des Partners als im wesentlichen bekannt vorausgesetzt werden, so müssen im politischen Prozeß die Ziele der anderen antizipiert werden. Aufgrund dieser natürlich oft fehlerhaften Antizipation der Wünsche anderer Individuen entscheidet sich eine Person möglicherweise nicht mehr für die Befriedigung eines (durchaus gerechtfertigten) eigenen Bedürfnisses, weil es eine aus eigener Sicht weniger günstiger

alternative für konsensfähiger hält.⁶³⁾

Der Realisationsgrad individueller Entscheidungen

ist unterschiedlich am Markt und im politischen Prozeß. Marktentscheidungen können, abgesehen von Unteilbarkeiten, marginal erfolgen, politische Entscheidungen in der Regel nur total.⁶⁴⁾

Zumindest unterscheiden sich beide nach dem Ausmaß der Unteilbarkeit.

Unterschiedlich ist endlich die Art von Leistung und Gegenleistung. Stehen im Markt Leistung und Gegenleistung einander unmittelbar gegenüber, so daß jeder das Verhältnis von Nutzen und Kosten gemäß seinen eigenen Vorstellung vom Vernünftigen und Nützlichen vergleichen kann, so müssen im politischen Prozeß die Nutznießer einer bestimmten Entscheidung keineswegs notwendigerweise deren direkte Kosten tragen.

Da an dieser Stelle (allein schon aus Platzgründen) auf eine Ausbreitung der (im übrigens bereits kanonisierten) Theorie des Marktversagens⁶⁵⁾ und einer entsprechenden Erörterung der Eigenschaften politischer Abstimmungen verzichtet werden muß⁶⁶⁾, sei lediglich auf die für ideale Diskurse formulierten Bedingungen vergleichend eingegangen.

1. Betroffenheit.

Während bei diskursiven Entscheidungsverfahren niemals Sicherheit darüber bestehen kann, ob alle betroffenen Interessen berücksichtigt wurden und deren Berücksichtigung vom guten Willen und dem Erkenntnisstand der Diskursteilnehmer abhängt, deren Nichtberücksichtigung aber erst nachträglich deutlich wird, wenn sich die getroffene Entscheidung bei nichtberücksichtigten Betroffenen auswirkt und

im eigentlichen Sinne herausstellt, so daß das diskursive Verfahren womöglich von neuem beginnen muß, garantiert der Marktmechanismus die Beteiligung der Betroffenen automatisch durch immer wieder neue paarweise Kontakte zwischen Betroffenen, deren Folgen, so weit sie sich für andere Kontraktpartner auswirken, von diesen durch Anpassung der Vereinbarungen an die neue Situation berücksichtigt werden. Hier muß nicht ein ganzes Verfahren von neuem beginnen, sondern die Korrektur erfolgt nur insoweit, als neue Aspekte auftreten und wie sie sich auf einzelne Verfahrensteilnehmer auswirken, so daß das Verfahren selbst bei dynamischer Umwelt nie zu einem Abschluß kommt. Berücksichtigt werden die Interessen von Betroffenen bei marktlichen Entscheidungen jedoch nur dann, wenn das Interesse des einzelnen Betroffenen wertmäßig (so wie er es einschätzt) über den auf ihn entfallenen Kosten des Verfahrens liegt (Transaktionskosten). Für diskursive Verfahren trifft dieses Verfahren genau so zu wie für Abstimmungen: Niemand ist bereit, sich an dem Verfahren zu beteiligen, wenn die individuellen Auswirkungen der Entscheidung die durch die Teilnahme am Verfahren entstehenden Kosten nicht rechtfertigen (also die Vorteile die Kosten mindestens wertmäßig erreichen). Der Unterschied zwischen den Verfahren, Marktverfahren auf der einen, diskursive Verfahren und Abstimmungen auf der anderen Seite, besteht hinsichtlich der Berücksichtigung betroffener Interessen nur darin, daß das Ausmaß der Berücksichtigung und die dadurch entstehenden Kosten in Marktverfahren präzise aufeinander bezogen sind, während dies weder in Diskursen noch in Abstimmungen möglich ist, weil über die Dauer des Verfahren sich im einen Falle (Markt) nur eine sehr kleine Gruppe an Teilnehmern einigen muß, in Diskursen oder oder Abstimmungen jedoch eine sehr große.

Da nun das Ausmaß der unberücksichtigt bleibenden Interessen (Externalitäten) eine positive Funktion der Verfahrenskosten ist, kommt bei der vergleichenden Betrachtung alternativer konsensbildender Verfahren den Verfahrenskosten auch im Lichte der Kriterien idealer Diskurse kardinale Bedeutung zu.

2. Einstimmigkeit.

Das Problem der Einstimmigkeit hat in der Diskussion der Marktanalyse niemals eine besondere Rolle gespielt, da der Markt Entscheidungen zum Gegenstand hat, deren Konsequenzen sich vollständig individualisieren lassen (private Güter) und deshalb eine andere als die Einstimmigkeitsregel (paarweise Einstimmigkeit) sich von vornherein nicht rechtfertigen läßt. Wenn jedoch Entscheidungen über Konsum und Produktion öffentlicher Güter anstehen, die der Markt bekanntlich nicht optimal bewältigen kann, weshalb Entscheidungen dieser Art vorzugsweise in politischen Verfahren (Abstimmungen) oder, bei kleinerer Anzahl der Betroffenen, in Diskursen stattfinden, rückt die Frage der Einstimmigkeit in den Vordergrund.

Darauf haben bereits die ökonomischen Klassiker hingewiesen.

1898 machte Knut Wicksell ⁶⁷⁾ den Vorschlag eines Prinzips der gerechten Besteuerung. Diese Prinzip enthält mehrere normativ gemeinte Forderungen, die sich darauf beziehen, wie über die Befriedigung kollektiver Bedürfnisse in vernünftiger und damit gültiger Weise Einigkeit zu erzielen sei.

Zum einen solle im Zusammenhang mit der Entscheidung über das Angebot eines öffentlichen Gutes durch ein Kollektiv, vorzugsweise den Staat, gleichzeitig und verbindlich über die Verteilung der Lasten (Kosten) entschieden werden. - Diese Forderung trägt der Tatsache Rechnung, daß das staatliche Gewaltmonopol, soweit es

sich als Steuerhoheit auswirkt, die Möglichkeit der Einnahmebeschaffung ohne adäquate Begründung eröffnet. Die gleichzeitige Erörterung der beiden das Knappheitsproblem ausmachenden Faktoren gilt im allgemeinen als normativ ohne weiteres zutage liegend, ist in der Praxis aber nicht selbstverständlich. In dem von Kambartel vorgeschlagenen Verfahren ist die Möglichkeit der getrennten Behandlung gar nicht vorgesehen. Die zweite Forderung, die Wicksells Prinzip der gerechten Besteuerung ausmacht, besteht darin, die Entscheidung solle die Zustimmung aller Betroffenen finden, d. h. alle Personen sollen sich über das Ausmaß des Angebotes des öffentlichen Gutes und die Verteilung der Lasten der Produktion einig sein. 68)

Diese Forderung wird von modernen Autoren nicht mehr so eindeutig erhoben wie von Wicksell. Buchanan und Tullock möchten das für den Markt konstitutive Moment der Einstimmigkeit, das durch das Prinzip der Vertragsfreiheit gewährleistet wird, nicht ungeachtet der Nachteile befürworten, die es für die am Verfahren beteiligten Personen mit sich bringt. Aus der Sicht dieser Personen nämlich kommt es darauf an, langfristig ein möglichst vernünftiges Kommunikationsverfahren zur Verfügung zu haben in dem Sinne, daß Vor- und Nachteile aus dem Verfahren für jede Person in einem ausgeglichenen Verhältnis stehen. Sie unterscheiden deshalb Nachteile (Kosten, die sich durchaus auch als "partiell unerwünschte Tätigkeit" beschreiben lassen), die den Personen dadurch entstehen, daß den Beschluß eine sehr breite Zustimmung tragen muß, und solche, die einer Person durch einen Beschluß entstehen können, an den sie gebunden ist, den sie aber nicht mitgetragen hat. Da die Kosten⁶⁹⁾ der ersten Art eine positive, die der zweiten Art eine negative

Funktion des gesellschaftlichen Einigungserfordernisses sind, ergibt sich ein Optimierungsproblem. Ohne die genaue Spezifikation der Kosten allerdings läßt sich das optimale Einigungserfordernis nicht explizit angeben. Buchanan und Tullock plädieren aufgrund ihrer kostenorientierten Erwägungen für ein Einigungserfordernis deutlich über 50 %, aber wesentlich unter 100 %. Zu einem präziseren Ergebnis gelangte Douglas W. Rae ⁷⁰⁾, indem er eine betragsmäßige Gleichheit der individuellen Bewertung der vier folgenden Ereignisse annahm:

- 1) Eine Person unterstützt einen Vorschlag und setzt sich mit dieser Meinung im Verfahren durch.
- 2) Eine Person opponiert gegen einen Vorschlag, der in der Abstimmung keine Mehrheit auf sich vereinigen kann.
- 3) Eine Person unterstützt einen Vorschlag, auf den sich die Verfahrensteilnehmer nicht einigen können.
- 4) Eine Person opponiert gegen einen Vorschlag, auf den sich die Diskursteilnehmer jedoch einigen.

Aufgrund dieser symmetrischen Kosten- und Ertragsannahme gelangt Rae zu dem Ergebnis, daß für Gruppen mit gerader Personenzahl 'n' $n/2$ (= 50 %), bei Gruppen mit ungerader Personenzahl $n/2 + 1$ (ca. 51 % je nach Größe der Gruppe) das 'optimale' Einigungserfordernis ist. Die allenthalben praktizierte absolute Mehrheitsregel ist demgemäß in dieser Betrachtung gesellschaftlich - auf die jeweilige Gruppe bezogen - optimal und der Einstimmigkeitsregel überlegen.

Die Ansätze Buchanan/Tullochs und Raes leiden im Gegensatz zu Wicksells eindeutig normativ formuliertem Prinzip der gerechten Besteuerung an einer Ambivalenz zwischen normativer Proposition und positiver Analyse. Das Prinzip der Zustimmung aller Betroffenen wird angesichts der Kosten des Verfahrens modifiziert zur Zustimmung der relativen Mehrheit, eine Aussage, die man sowohl empirisch als auch normativ verstehen kann.

Wicksells Prinzip der gerechten Besteuerung gilt ebenfalls nur, - was meistens unterschlagen wird - vorbehaltlich einer salvatorischen "sozialpolitischen" Klausel unter der Annahme nämlich, "daß der Besitzstand jedes einzelnen vom Staat vollauf anerkannt ist und gerechtermaßen anerkannt werden muß". ⁷¹⁾ Wicksells Einstimmigkeitsregel soll also nur unter der Voraussetzung einer bereits bestehenden gerechten Einkommensverteilung gelten oder besser nur dann, wenn mit der Frage der Produktion öffentlicher Güter und der Verteilung ihrer Lasten nicht implizit über Fragen der Einkommensverteilung mit entschieden werden soll. Da beide Probleme sich empirisch aber nicht ohne weiteres trennen lassen, ⁷²⁾ ist ein empirisch zu interpretierender Optimalitätsnachweis normativ nicht interpretierbar.

Andererseits ist eine von vornherein intendierte normative Interpretation ebenso wenig denkbar, da die "Erwartungskosten" und "Erwartungserträge", also die Kosten eines Verfahrens, geschätzt vor Einsetzen eines Verfahrens, nicht unabhängig sein können von dem Ausmaß des Akzeptes der bestehenden Einkommensverteilung, die normativ zu bestimmen, Aufgabe des Verfahrens wäre. Buchanan/Tullock und Rae bieten demzufolge eine empirische Theorie, die Entscheidungs-

regeln erklärt. Die Entscheidungen, deren Regeln erklärt werden, erfassen sowohl Allokations- als auch Verteilungsprobleme.⁷³⁾

Dagegen schlägt Wicksell lediglich ein Verfahren vor, das analog dem Marktprinzip die Auszeichnung berechtigter Bedürfnisse erlaubt unter der Voraussetzung, daß die Verteilungsfrage bereits gelöst ist. Diesen Vorschlag hat Lindahl, ein Schüler Wicksells, präzisiert.⁷⁴⁾ Diese Lösung, die entgegen Lindahls Auffassung (Lindahl hielt seine Lösung für empirisch relevant) normativ den Punkt optimaler Interessenskongruenz angibt, beruht auf einer Analogie zum Marktsystem. Im Gegensatz zum Markt für private Güter, wo sich aufgrund von Angebot und Nachfrage ein herrschender Marktpreis einspielt, wird für den "Markt" öffentlicher Güter für jeden Nachfrager ein individueller Preisvektor für die nachzufragenden öffentlichen Güter postuliert, indem sich das Interesse der betroffenen Personen für die jeweiligen öffentlichen Güter niederschlägt. Dieser individuelle Preis mag als eine für jede Person einzeln festzulegende individuelle Gebühr für das öffentliche Gut interpretiert werden. Der Produzent des öffentlichen Gutes (staatlich oder nicht) verfährt nach dem Gewinnmaximierungsprinzip und stellt so die pareto-optimale Lösung sicher, die keine weitere Durchsetzung der Interessen einer Person ermöglicht, ohne daß nicht die Interessen anderer Personen beeinträchtigt würden.

In der Figur (2) wird vertikal die Menge des Angebotes des öffentlichen Gutes abgetragen, horizontal die dadurch entstehenden Kosten. Ausgehend (aus Gründen der graphischen Vereinfachung) von zwei Personen A und B bezeichnet h den Gebührenanteil, der auf B entfällt, $(1 - h)$ den Anteil von A. Entsprechend dem auf sie anfallenden Gebührenanteil fragen A und B Mengen G des öffentlichen Gutes

nach, dargestellt durch $A'A''$ und $B'B''$; dieser Darstellung liegt die Annahme abnehmender Grenznutzen zugrunde.

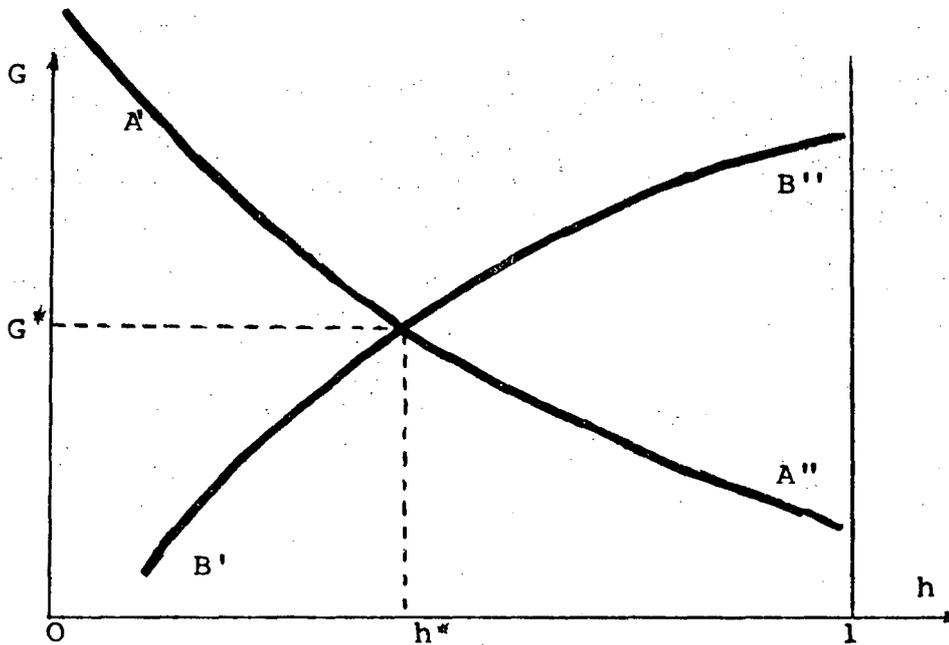


Fig. 2

Fig. 2: Lindahls Lösung

Diesen normativen Vorschlag in einen institutionell detailliert beschriebenen und damit praktisch relevanten Vorschlag umzusetzen, ist, wenn man Kambartel folgt, Aufgabe einer vernünftig verstandenen (politischen) Ökonomie. 75)

3. Chancengleichheit.

Chancengleichheit bedeutet im Kommunikationssystem "Markt" eine Verteilung der Ressourcen so, daß (durch Interaktion am Markt: Tausch) ein für alle gleiches Maß der Bedürfnisbefriedigung erreicht wird/erreichbar ist. Wegen der Unmöglichkeit interpersoneller Nutzenvergleiche führt dies in der Regel zu der Forderung der Egalisierung der Einkommensverteilung als Approximierung. Diese Voraussetzung liegt der marktlichen Analyse zugrunde. 76)

Dieses Problem wird bei dem Vorschlag diskursiver Verfahren ebenfalls durch Voraussetzung "gelöst". Im politischen Prozeß ist Chancengleichheit schlicht die Ausstattung mit dem gleichen Wahlrecht und daher (bei demokratischen Wahlen) de jure stets gegeben. Deshalb kommt politischen Verfahren bei der Lösung der Verteilungsproblematik auch besonderes Gewicht zu. ⁷⁷⁾ Praktisch kommen jedoch weitere Probleme hinzu: Stabile Fraktionsbildung (eine Partei wird ständig überstimmt), Ausmaß der Informiertheit des Wählers und Wahlbeteiligung als Funktion der Einkommensverteilung. ⁷⁸⁾

4. Zwanglosigkeit und Verfahrenskonformität.

Der Hinweis auf sanktionsbedingte Handlungsweisen, das sind Handlungsweisen in Verfahren, die nicht verfahrenskonform anderen (nicht erlaubten) Kommunikationssystemen entstammen: Persuasives Reden, Umsetzung politischer in wirtschaftliche Macht und vice versa, etwa Herbeiführung einer Markttransaktion durch Polizeieinsatz oder Stimmenkauf - erlaubt stets, den erreichten Konsens infrage zu stellen. Für die Legitimation des Verfahrens kommt es jedoch darauf an, wie offen das nichtkonforme Verhalten zutage liegt. Die Identifizierung persuasiven Redens etwa dürfte schwerer fallen als die Erkennung von Gewalt als Ursache einer Transaktion.

5. Vollständige Information.

Auf die Bedeutung des Marktes^{als} effizienten Verfahrens zur Verarbeitung der jeweils relevanten Information (d. h. geringe Redundanz, schnelle Verarbeitung) haben Ökonomen seit langem hingewiesen. In einer vor drei Jahrzehnten geführten Diskussion war es darum gegangen, ob Planungsverfahren eine ausreichende Informationsverarbeitungskapazität besäßen, um eine vernünftige Bedürfnisbefrie-

digung (in Kambartels Sinne) zu gewährleisten. Die Frage ist eindeutig zu verneinen.⁷⁹⁾ Dieses Problem gewinnt auch im Zusammenhang mit Kambartels Vorschlag wieder an Bedeutung. Eine Reduktion der Kosten diskursiver Verfahren kann nämlich, als Konsequenz aus dieser Diskussion, nicht in Richtung auf die Begrenzung der Anzahl der Diskussionsteilnehmer erwogen werden; die Berücksichtigung der Interessen der Betroffenen aber Nichtbeteiligten im Wege einer "fingierten" (:repräsentativen)? Beteiligung scheitert am Informationsproblem.

Dies gilt natürlich ebenso für den politischen Prozeß durch Abstimmung. Nur sind die dort anstehenden Fragen (idealerweise) solche, die der Markt nicht adäquat (:optimal) bewältigen kann.

6. Kompetenz.

Das Problem der Kompetenz zur Beteiligung am Verfahren hat vor allem Habermas in den Vordergrund gerückt, damit aber gleichzeitig auf 2 weitere Probleme hingedeutet: Chancengleichheit und Gutwilligkeit. Die von ihm vorgenommene Subsumtion der beiden letzteren unter den Kompetenzbegriff ist insofern (etwas?) irreführend, liegt aber bei diskursiven (insbesondere auf Rede angewiesenen) Verfahren analytisch näher als bei den Verfahren Markt und Abstimmung, deren Kompetenzbedarf niedriger ist (und die sich insofern empfehlen).

7. Unvoreingenommenheit.

Die bei den Vorschlägen diskursiver Verfahren zentrale Verhaltensannahme ist die der Unvoreingenommenheit oder Gutwilligkeit der Diskursteilnehmer. Über diese Verhaltensannahme erscheint die

eigentlich kontroverse Konfliktbewältigung (etwa das Knappheitsproblem) lösbar; aber das Verfahren scheidet als ernst zu nehmender Vorschlag aus, wenn die Verhaltensannahme nicht stimmt und die von Habermas erhoffte Wirksamkeit durch Antizipation sich nicht einstellt. Die in der Ökonomie diskutierten Verfahren zeichnen sich dagegen durch den Vorteil aus, auf in diesem Sinne unrealistische Annahmen verzichten zu können. Die dort diskutierten Verfahren sind offen für jede Verhaltensannahme, für ein Kontinuum, das von extremem Individualismus bis zu reinem Altruismus reicht. 80)

Für diese in der Ökonomie diskutierten Verfahren sind Optimalitätsnachweise (vernünftige Bedürfnisbefriedigung) möglich bei Angabe bestimmter verfahrensspezifischer Bedingungen (Kriterien des Marktversagens) und unter der Einschränkung des Pareto-Prinzips, das dem Schwemmerschen Moralprinzip entspricht. Entsprechende Optimalitätsnachweise, wie sie die praktischen Philosophen an keiner Stelle führen, sind jedoch nicht möglich für Verteilungsprobleme im engeren Sinne, also für die Auflösung des Interessenkonfliktes im paretianischen Optimum. Dennoch läßt sich für die Anwendung kommunikativer Verfahren auch auf das Verteilungsproblem argumentieren, da die konsequente Ausblendung umso mehr zum praktischen Problem wissenschaftlicher Praxis wird.

Für die Frage, wie die Ökonomie Kambartels Forderungen an eine vernünftig verstandene Ökonomie genügen kann, ergibt sich danach, daß wegen der Äquivalenz des Pareto-Prinzips und des Moralprinzips die paretianische ökonomische Theorie als eine der ersten Kambartelschen Grundnormen genügenden, vernünftig verstandenen Nationalökonomie bezeichnet werden kann, soweit dem Wort "vernünftig" ein Sinn entsprechend dem Schwemmerschen Moralprinzip gegeben wird.

Da Kambartel offen läßt, auf welches Verfahren, um zu vernünftigen Orientierungen gelangen, er sich bezieht, zielt seine Aufforderung insoweit ins Leere, als etwas bereits Geleistetes nun noch einmal ausdrücklich gefordert wird und damit eine zusätzliche Legitimation erhält. Wenn andererseits Kambartels ideale Kommunikationsverfahren, die sokratischen Dialogen nachkonstruiert sind, dazu dienen sollen, das Vernünftige zu bestimmen, so leistet die ökonomische Theorie ebenfalls insoweit Dienste, als sie das Problem, das Vernünftige zu bestimmen, gliedert in zwei aus Analysegründen voneinander zu unterscheidende Probleme: Das Problem des Gerechten einerseits, das Problem des Effizienten im Sinne der optimalen Verwirklichung der Bedürfnisse aller andererseits. Dabei liegt, das muß ohne weiteres eingestanden werden, das tatsächlich zu beobachtende Schwergewicht in der Behandlung durch die dem Betrieb der Universitätswissenschaft Nationalökonomie Angehörigen auf dem Effizienzproblem. Dies ist aber nicht Ausdruck einer Gewichtung nach der Bedeutung der infrage stehenden Probleme, sondern die beobachtbare Tatsache der relativen Vernachlässigungen der Verteilungsproblematik hängt mit der Schwierigkeit zusammen, zu diesem Problem etwas Vernünftiges zu sagen. Diese Schwierigkeit offenbart sich nicht zuletzt auch in der Knappheit der Kambartelschen Ausführungen zu diesem Problem. Und sie ist Anlaß genug, dieses Problem verstärkt zum Gegenstand politischer Ökonomie zu machen. 81)

Aufgrund der Strukturierung einer vernünftig verstandenen Nationalökonomie in das Verteilungsproblem einerseits, das Effizienzproblem andererseits, erfolgt im kommenden Absatz eine Durchsicht der Kambartelschen Erörterungen unter dem Gesichtspunkt des Effizienzproblems.

V.

Die von Kambartel an den Anfang seiner terminologischen Reorientierungen gesetzte Einführung des Wortes Praxis macht deutlich, daß auch er Ökonomie als eine Wissenschaft von menschlichen Handlungen ansieht, und zwar von zweckgerichteten Handlungen, die auf die Herbeiführung bedürfnisrelevanter Situationen abzielen, in denen Bedürfnisbefriedigung der ersten oder der zweiten Art möglich ist. Allerdings ist bereits der Zweck dieser nach formalen Kriterien vorgenommenen Entscheidung nicht ohne weiteres einsichtig. Die Terminologie wird nicht begründet eingeführt. Die Benennung der Bedürfnisbefriedigung zweiter Art als Genuß ließe etwa vermuten, daß die Unterscheidung unter dem Gesichtspunkt der Rechtfertigung bestimmter Bedürfnisse von Bedeutung sein könnte. Dann müßte aber begründet werden, warum der Grad der Mittelbarkeit, der als einziges Unterscheidungsmerkmal dient, legitimationsrelevant ist. Darüber gibt Kambartel aber nicht Auskunft, und er verwendet die Unterscheidung im späteren Zusammenhang auch nicht. Der Stellenwert dieser Terminologie bleibt offen.

Unmittelbar im Zusammenhang der von Kambartel geforderten Hinterfragung angemeldeten Bedarfs (geäußerte Nachfrage) steht die Unterscheidung in explizite und implizite Interessen. Implizit ist ein Interesse an einer bedürfnisrelevanten Situation für eine Person genau dann, wenn diese Person die Bedürfnisrelevanz ("z. B. mangels Wissen", S. 110) nicht so einschätzt. In der Nationalökonomie ist diese Unterscheidung auch geläufig, sie wird aber anders benannt. Dort ist statt von impliziten Interessen von Meritorischen Gütern die Rede.

Die zentrale Unterscheidung, die Kern der Kambartelschen Ausführungen ist, ist die terminologische Trennung von Nachfrage (Bedarf) und Interesse (Bedürfnis). Diese Unterscheidung bezeichnet Beginn und Ende eines kritischen Kommunikationsprozesses, dessen Möglichkeit (im Sinne einer Existenz) von Kambartel behauptet wird und den er auch durch bestimmte Merkmale beschreibt. Die ökonomische Theorie kennt diese Unterscheidung nicht, da sie materiell intendiert ist, also Inhalte bezeichnet, es sich aber im Einzelfall nur nach genauer Analyse wird angeben lassen, ob ein geäußerter Bedarf tatsächlich Bedürfnis ist. Diese Unterscheidung ist situationsbedingt, die Rubrizierung erfordert die Kenntnis der Nebenbedingungen, unter denen der Bedarf geäußert wird, und die demjenigen, der sie äußert, in der Regel am ehesten bekannt sind. An diesem Informationsproblem (auch bezüglich der genauen Interessenlage des Individuums) dürfte die Rubrizierung in der Regel scheitern. So kann etwa eine bestimmte Praxis (Handlungszusammenhang) in einem Zeitpunkt t_0 auf die Herbeiführung einer bedürfnisrelevanten Situation abzielen, dieselbe Praxis im Zeitpunkt t_1 , nachdem eine Veränderung der Rahmenbedingungen stattgefunden hat, nur mehr bedarfsrelevant sein. Ohne die Kenntnis aller Nebenbedingungen N_{t_0} und N_{t_1} läßt sich die identisch ablaufende Praxis nicht in kritischer Absicht als bedarfs- oder bedürfnisbezogen unterscheiden, respektive die herbeigeführten Situationen als Bedarf oder Bedürfnis. Da dieses Verfahren stets im Einzelfall von neuem zu erfolgen hat, erscheint die in der ökonomischen Theorie gebräuchliche Arbeitsweise, die Kommunikationsverfahren daraufhin zu untersuchen, ob sie die Kritik des Bedarfs erlauben, günstiger.

Die von Kambartel versuchte Formulierung eines nutzenunabhängigen Kostenbegriffs (S. 119) erfolgt über die Hervorhebung des Faktors Arbeit als einziges Kostenelement, und zwar noch einmal eingeschränkt auf Arbeit im engeren Sinne, die als "partiell unerwünschte Tätigkeit" definiert wird (S. 113 f.). Knappheit an Gütern (Nichtbestehen bedürfnisrelevanter Situationen) läßt sich Kambartel zufolge aber nur im Regelfalle durch Einsatz von Arbeit beheben; und als Beispiel für eine solche Ausnahme werden "unvermehrbar Güter" ausdrücklich definiert (S. 115). Hier soll nicht gegen die Formulierung einer Arbeitswertlehre prinzipiell etwas eingewendet werden, diese Versuche haben sich in der internationalen Ökonomie jedenfalls nicht bewährt, aber es ist allerdings darauf hinzuweisen, daß ein das Ausmaß des Arbeitsleides angebender Kostenbegriff keineswegs nutzenunabhängig ist, wie Kambartel behauptet.

Der Hintergrund für diese spezifische Formulierung des Kostenbegriffs bei Kambartel ist, wie mir scheint, in der Kritik an faktischen Lohnsystemen zu sehen. Kambartel empfindet es als ungerecht, daß unerwünschte Tätigkeit schlechter bezahlt wird als erwünschte, wobei er die Arbeit des Hochschullehrers als eine besonders erwünschte Tätigkeit ansieht. Nun ist aber die Aufgabe eines "funktionierenden" Arbeitsmarktes nicht die Durchsetzung einer "gerechten" Einkommensverteilung durch Gewährung "gerechter" Löhne, wenn man nicht das Prinzip der Entlohnung nach dem Grenzprodukt über seine Allokation hinaus auch als Prinzip gerechter Einkommensverteilung ansieht. Der Arbeitsmarkt hat - um in der Terminologie der Erlanger Schule Praktischer Philosophie zu bleiben - das Moralprinzip (Pareto-Effizienz) zu verwirklichen, nicht aber - oder jedenfalls nicht in erster Linie - eine gerechte Einkommensverteilung; zur Lösung dieses

Problems ist der Arbeitsmarkt nicht das geeignete Kommunikationssystem. Dies hat Kambartel vermutlich jedoch auch nicht gemeint. Wenn er prinzipiell dafür argumentiert, daß individuelle Einschätzungen der Erwünschtheit der im Rahmen des Arbeitsprozesses abverlangten Tätigkeiten sich auf die Lohnhöhe auswirken sollen, so argumentiert er im Sinne eines effizienten Arbeitsmarktes, hier bezogen auf die Angebotsseite. Insoweit als - wie Kambartel offenbar vermutet - etwa im staatlichen Bereich Produzentenrenten der Arbeitsanbieter auftreten, ist Kambartels Einwand ein Plädoyer für einen funktionierenden Arbeitsmarkt.

Das letzte Drittel der Kambartelschen Ausführungen besteht in "Beobachtungen aus der ökonomischen Lebenspraxis", die zwar in keinem ersichtlichen Zusammenhang zu den eingangs gemachten Ausführungen stehen, aber wohl zur Interpretation der grundsätzlichen Ausführungen heranzuziehen sind. Kambartel kritisiert dort u. a. Preisverzerrungen, die es unmöglich machen, in nicht willkürlicher Weise von den Kosten einer bestimmten Güterproduktion zu reden (S. 121). Unabhängig nämlich davon, daß der faktische Arbeitsaufwand " im jeweils etablierten Produktionszusammenhang als Kosten" nicht in Rechnung gestellt werde (S. 121), sollen u. a. zirkuläre Produktionsprozesse zu Verzerrungen führen, gebrauchswertorientierte Preise zu organisationsbedingten Knappheits- und Überflusserscheinungen, und politisch gesetzte Preise werden als weiterer Verzerrungsfaktor kritisiert.

Die von Kambartel vorgetragene Theorie zirkulärer Produktionsprozesse unterstellt einen eigendynamisch ablaufenden Kapitalverwertungsprozeß, der sich von den Bedürfnissen und insbesondere

von den gerechtfertigten Bedürfnissen weit entfernt und seinen eigenen Bedarf generiert. Diese Theorie (sie wird im einzelnen in nicht konsensfähiger Weise begründet) überschreibt einen Sachverhalt, der in ökonomischer Betrachtung auf einen marktlichen Funktionsmangel zurückzuführen wäre. Das Problem ließe sich etwa so sehen, daß makroökonomische Prozesse von im mikroökonomischen Rahmen zu äußernden Werthaltungen sich abgelöst finden; so gesehen, handelt es sich um das in der theoretischen Ökonomie immer mehr in den Vordergrund tretende Problem der Notwendigkeit der mikroökonomischen Fundierung der Makroökonomie. Daß Marktprozesse an Gebrauchswerteinschätzungen orientiert ablaufen, kann nur als Problem empfinden, wer die distributiven Konsequenzen der Marktprozesse kritisiert. Dagegen ist insbesondere auch im Kambartelschen Begründungszusammenhang die Notwendigkeit der bedürfnisorientierten Produktion zentrales Desiderat. Unter diesem Gesichtspunkt erscheint die Kritik an gebrauchswertorientierten Produktionsprozessen nicht recht begründbar. Politische Preise endlich sind, wenn sie nicht verteilungspolitisch motiviert sind, ein markt-konformes Mittel, dem (de)meritorischen Charakter bestimmter Güter Rechnung zu tragen,⁸²⁾ wofür Kambartel zuvor plädiert hatte. Hier geht es also um die Durchsetzung impliziter Interessen (Bedürfnisse). Dieses Faktum kann mithin nicht Gegenstand grundsätzlicher Kritik sein, sondern allenfalls Kritik an dem dazu führenden Kommunikationsprozeß (: der politische Prozeß), der der Entscheidung, einen politischen Preis zu setzen, vorausgegangen ist.

VI.

Diese Abhandlung ist der Versuch, eine beginnende interdisziplinäre Diskussion zwischen Praktischer Philosophie und (Politischer) Ökonomie fortzuführen und durch das Angebot einer synoptischen Interpretation auch zu vertiefen.

Philosophie und Ökonomie sehen sich nämlich, was angesichts ihres gemeinsamen wissenschaftlichen Ursprungs nicht unbedingt verwundern muß, vor einem ähnlichen Dilemma, dem Wunsch und zugleich der Unfähigkeit, zur Lösung praktischer Probleme begründet und zufriedenstellend beizutragen.

Dies ist in den letzten Jahren in der Ökonomie sehr deutlich geworden und hat zu kritischen Denkanstößen der führenden Vertreter der Disziplin geführt, gleichzeitig zu ersten Anzeichen der Renaissance einer (nicht-marxistischen) Politischen Ökonomie; Politische Ökonomie versteht sich im Gegensatz zu theoretischer Ökonomie als eine auf praktische Probleme gerichtete, ihre Anwendung erörternde und gesellschaftliche Entscheidungsverfahren reflektierende ökonomische Wissenschaft.

Gleichzeitig ist in der Philosophie eine Renaissance der Praktischen Philosophie zu beobachten, mit der Erlanger Schule als einer Gruppe, die diese Neuorientierung besonders augenfällig propagiert.

Diese wiedererstarbte Praktische Philosophie erarbeitet nun Maßstäbe, denen auf die Lösung praktischer Probleme gerichtete wissenschaftliche Bemühung genügen sollte, und sie vergleicht folgerichtig wissenschaftliche Praxis mit diesem Standard.

Den ersten Vorstoß einer Kritik an erfahrungswissenschaftlicher sozialwissenschaftlicher Praxis allgemein unternahm aus der Sicht der Erlanger Schule Herbert Ganslandt, dessen kritischer Diagnose dieser Praxis hier insoweit gefolgt wird, ohne der vorgeschlagenen Therapie zuzustimmen. Speziell auf die Ökonomie bezogen argumentierte anschließend Friedrich Kambartel, dessen Kritik in dieser Abhandlung aufgenommen werden sollte.

Diese Kritik beruht auf dem Vorschlag besonderer konsensbildender Verfahren, die zur Beantwortung normativer Fragestellungen dienen sollen. In der sokratischen Nachfolge sind die von der Praktischen Philosophie Erlanger und insoweit auch Frankfurter (Starnberger) Ausrichtung vorgeschlagenen Verfahren Dialoge, die, um das gewünschte Ergebnis - einen kommunikativen Konsens - bewirken zu können, bestimmten Bedingungen (Kriterien) genügen müssen. Diese Verfahren werden - verallgemeinert - als Standard kommunikativer Rationalität vorgeschlagen.

Einen parallelen Ansatz verfolgt jedoch auch die Volkswirtschaftslehre, insbesondere als Politische Ökonomie, mit der vergleichenden Analyse konsensbildender kommunikativer Verfahren im wirtschaftlichen Bereich. Statt nämlich von im wirtschaftlichen Bereich nicht vorrangigen Gesprächssituationen auszugehen, sind Gegenstand der ökonomischen Analyse konsensbildende Verfahren zur Lösung 'wirtschaftlicher' Probleme: die Koordinierung von Produktion und Konsum wirtschaftlicher Güter, über deren Art und Ausmaß durch Märkte und Politische Entscheidungsprozesse entschieden wird.

Insoweit, als der Praktische Philosoph, der ökonomische Wissenschaft und wirtschaftliche Praxis kritisiert, diese Verfahren als

reine Techniken auffaßt und von ihren Inhalten absieht, bleibt diese Parallele unbeachtet. Dies führt zum Vorschlag von - im Vergleich zu Märkten und bestimmten Formen politischer Entscheidungsprozesse - unterlegenen Verfahren, worauf der (hier nur angedeutete und darum notwendigerweise kursorische und unvollständige) Vergleich kommunikativer Verfahren (IV) hindeutet.

Besonders augenfällig - aber nicht nur in diesem Zusammenhang deutlich, vgl. (V) - wird die dahinter stehende Unkenntnis ökonomischer Theorie an dem Schwemmerschen Vorschlag eines Moralprinzips, das sich bei genauerem Hinsehen als ein rudimentär formuliertes Prinzip ökonomischer Effizienz herausstellt und infolgedessen bestenfalls nur genau so viel zu leisten vermag, wie die ökonomische Theorie in paretianischer Nachfolge leisten kann, was ihr dann nicht aus der Sicht Praktischer Philosophie wiederum zum Vorwurf gemacht werden sollte.

Gleichwohl bleibt damit der Anlaß und Gegenstand der Kritik - etwa im Sinne der Ausführungen Ganslandts und des in der Ökonomie selbst an hervorragender Stelle geäußerten Unbehagens - bestehen. Von einer interdisziplinären Diskussion zwischen Politischer Ökonomie und Praktischer Philosophie kann mit Recht Aufschluß für die Lösung praktischer Probleme erwartet werden, soweit die Bewältigung dieser Probleme normative Entscheidungen einschließt und die Beschränkung der Ökonomie auf einen positiven Ansatz mit der daraus folgenden Ausblendung eines Bereiches praktischer Problematik als Ärgernis empfunden wird.

Fußnoten

- +) Diese Abhandlung ist aufgrund der Diskussion in einem informellen Arbeitskreis um Prof. Kambartel in Konstanz entstanden, in dem im Rahmen von etwa 2 Dutzend Treffen zwischen 1973 und 1975 versucht wurde, den in Konstanz vertretenen wissenschaftstheoretischen Ansatz auf Begründungsprobleme in den Sozialwissenschaften, insbesondere der Ökonomie und Jurisprudenz, anzuwenden. Ich verdanke den Teilnehmern des Arbeitskreises, insbesondere Friedrich Kambartel und Rainer Walz (jetzt Hamburg), viele Anregungen, wenn auch das Ergebnis insgesamt für alle beteiligten Disziplinen enttäuschend bleibt. Friedrich Kambartels "Bemerkungen" sind inzwischen erschienen in: Jürgen Mittelstraß (Hrsg.) "Methodologische Probleme einer normativ-kritischen Gesellschaftstheorie", Frankfurt 1975, S. 107 - 125, vgl. auch neuerdings Friedrich Kambartel, Vernunft, nicht dogmatisch verstanden: Zum Dogma des Dogmatismusvorwurfs gegen Begründungsansprüche, in: ders., "Theorie und Begründung", Frankfurt 1976, S. 76 - 91.
- 1) Vgl. Oskar Morgenstern, Descriptive, Predictive and Normative Theory, 25 Kyklos, 688 - 714 (711), 1971.
 - 2) Dabei handelt es sich, worauf Boulding aufmerksam gemacht hat, nicht um eine Aussage über die Unmöglichkeit der Auseinandersetzung über Geschmacksfragen, die ja auch empirisch ohne weiteres falsifizierbar wäre (Kenneth E. Boulding, Economics as a Moral Science, 59 AER 1 - 12 (1), 1969), sondern um eine Empfehlung im Interesse störungsfreien menschlichen Zusammenlebens.
 - 3) Vgl. die in den Dreißiger Jahren vor allem in der englischen Literatur allenthalben geäußerten Stellungnahmen zu Robbins Essay (insbesondere in den Zeitschriften Economica und Economic Journal), in denen häufig im vermeintlichen Gegensatz zu Robbins dessen Ansatz mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit politischer Ökonomie kritisiert wird. Auf einen Teil dieser Kritik geht Robbins im Vorwort zur 2. Ausgabe (1935) ein.
 - 4) Das Unbehagen ist mittlerweile so verbreitet, daß sich Walter W. Heller, damals Präsident der American Economic Association, nach Hinweis auf nicht weniger als 9 Ansprachen von Präsidenten großer Vereinigungen ökonomischer Wissenschaftler, die sämtlich äußerst kritisch mit ihrer Disziplin umgehen, veranlaßt sah, die Gegenfrage zu stellen: What's Right with Economics?, 65 AER 1, 1975. Vgl. neben der dort zitierten Literatur (ohne Anspruch auf Vollständigkeit): J. Attali, M. Guillaume, L'anti-économique, Paris 1974; Joan Robinson, The Second Crisis of Economic Theory, 62 AER P & P 1 - 9, 1972; Ben B. Seligman, Economics of Dissent, Chicago 1968; Winfried Vogt, Zur Kritik der herrschenden Wirtschaftstheorie, 2 Mehrwert 1 - 30, 1973; Vernon L. Smith, Economic Theory and its Discontents, 64 AER P & P, 320 - 324, 1974; und kürzlich, aber überzogen und wenig informiert, mit dem Vorschlag eines strukturalistischen Ansatzes in der Nachfolge Althusser's, Duncan K. Foley, Problems versus Conflict: Economic Theory and Ideology, 64 AER P & P, 231 - 236, 1975.

- 5) "When Maxwell's demon rank orders scientific disciplines by their 'fruitfulness' and by their propensity to engage in methodological discussion, he finds a negative correlation and a strong adverse relationship. It is as if science could lift itself by its own bootstraps: by maintaining a superlative silence on method, a science can become superlatively fruitful and accurate. Like many 'as if' statements, this is nonsense. It is more correct albeit not very informative, to say that soft sciences spend time in talking about method because Satan finds tasks for idle hands to do". Paul A. Samuelson, Comment on Ernest Nagel's Assumptions in Economic Theory', 53 AER P & P, 231 - 236 (231), 1963.
- 6) Darauf deutet übrigens ein bisher übersehenes Indiz: Der Ökonomie erwächst gegenwärtig keine Konkurrenz aus ihren Nachbarwissenschaften, der Politologie, Soziologie, Psychologie oder (sozialwissenschaftlichen) Jurisprudenz - im Gegenteil, hier finden ökonomische Ansätze mehr und mehr Anwendung, von den erschrockenen Vertretern dieser Disziplinen "ökonomischer Imperialismus" gescholten, was diesem, wie jedem Imperialismus, freilich keinen Abbruch tut. Dagegen wird fundamentale Kritik von der wiedererstarkten praktischen Philosophie neuerdings verstärkt vorgetragen. Den bisher erfolgreichsten Vorstoß unternahm John Rawls mit "A Theory of Justice", Oxford 1971, deren enthusiastische Rezeption durch die Ökonomie bei einem gut Teil aber auch darauf beruhte, daß Rawls an die ökonomische Entscheidungstheorie (Theorie individueller Entscheidungen unter Unsicherheit) anknüpfte, um sie gesellschaftlich normativ zu wenden. Vgl. dazu kritisch John C. Harsanyi, Can the Maximin Principle Serve as a Basis for Morality? - A Critique of John C. Rawls's Theory, 69 APSR, 594 - 606, 1975; eine Alternative zu Rawls formulierte Robert Nozick, Anarchy, State and Utopia, Oxford 1974
- 7) Vgl. eine ähnliche Kritik bereits bei Hans Albert, Modellplatonismus - der neoklassische Stil des ökonomischen Denkens in kritischer Beleuchtung, S. 45-76, in: Friedrich Karrenberg und Hans Albert (eds), Sozialwissenschaft und Gesellschaftsgestaltung, Festschrift Gerhard Weisser, Berlin 1963. Albert kritisiert an der modernen Nationalökonomie, daß sie Realitätsbezug mit Informationsgehalt verwechselt. Realitätsbezug werde zwar gesucht, Informationsgehalt jedoch gemieden. Gegen die Falsifikation werden, so Albert, insbesondere in der neoklassischen Modellanalyse Immunisierungsstrategien eingesetzt. Als eine dieser Immunisierungsstrategien diskutiert Albert ausführlich die ceteris-paribus-Klausel, die - genau genommen - jede Falsifikation ausschließt. Albert plädiert als Ausweg für eine Sozialisierung der Nationalökonomie im Sinne einer Anbindung an reale beobachtbare Vorgänge und individuell-gesellschaftliche Verhaltensweisen (Marktsoziologie).
- 8) Es ist zu vermuten, daß sich zu dieser Orientierung auch jedermann bekannt, wenn auch über den Modus, wie die Nützlichkeit der Wissenschaft sich im einzelnen erweisen soll, vor wem sie dargetan und wie unmittelbar sie wirksam sein soll, Uneinigkeit bestehen wird.

- 9) Herbert R. Ganslandt, Umwege des Empirismus, Dissertation Konstanz 1973. Die Arbeit ist der Versuch, aus der Sicht einer konstruktiven und normativen Wissenschaftstheorie (der Erlanger Schule - Gutachter im Promotionsverfahren: Friedrich Kambartel und Jürgen Mittelstraß) einen für die Sozialwissenschaften eigenen (und nicht naturwissenschaftlichen Idealen sklavisch nachgeahmten) wissenschaftstheoretischen Standort zu formulieren. (vgl. S 112).
- 10) Zu dem in Konstanz erarbeiteten wissenschaftstheoretischen Konzept vgl. Peter Janich, Friedrich Kambartel und Jürgen Mittelstraß, Wissenschaftstheorie als Wissenschaftskritik, Frankfurt 1974.
- 11) Es erscheint zweckmäßig, Ganslandt an dieser Stelle verhältnismäßig ausführlich und wörtlich zu zitieren, da die Dissertation noch ungedruckt und deshalb schwer zugänglich ist.
- 12) Ganslandt 1973, S. 106 f.
- 13) Defensiv dagegen argumentiert Gebhard Kirchgäßner, Ein neues Fundament der Ökonomie? - Bemerkungen zu Friedrich Kambartel, Bemerkungen zum normativen Fundament der Ökonomie, unveröffentlichte Maschinenschrift Konstanz 1976. Kirchgäßner konstatiert zwar ebenfalls eine Krise der Ökonomie, sagt freilich nicht, worin sie bestehen könnte und findet so auch keinen mit Kambartel gemeinsamen (oder wenigstens einen von ihm explizit geschiedenen) Ausgangspunkt. Daher die Notwendigkeit defensiver Kritik als eine Haltung der "heilen Ökonomie", die Unmöglichkeit, die Kritik auf bekannte Schwächen der eigenen Disziplin positiv zu beziehen.

Soweit Kambartel in seinen Bemerkungen - was bei einem ersten interdisziplinären Ansatz nicht immer zu vermeiden ist - teilweise gravierende ökonomische Fehler unterlaufen, kritisiert sie Kirchgäßner im Detail. Dem eigentlichen Anliegen Kambartels, Ökonomie normativ begründen zu helfen, hält er aber mit Albert das Münchhausen-Trilemma entgegen, indem er auf einen "in der Ökonomie übliche(n) Begründungsbegriff" (S. 2) abstellt. "Üblich" ist dieser Begründungsbegriff allerdings nur insofern, als herrschende Ökonomie sich der von Popper und Albert vertretenen Wissenschaftstheorie verpflichtet weiß. Dies nun ist der eigentliche Gegenstand der Kambartelschen Kritik, die "Bemerkungen" Kambartels deren Folge. Die von Kambartel und anderen als Skizze vorgeschlagenen Verfahren kommunikativer Rationalität hält Kirchgäßner für unrealistisch. Mehr noch: Er behauptet, auf einen nicht näher explizierten Konsens bürgerlicher und marxistischer Ökonomen sich berufend: "Für die im Wirtschaftsprozess relevanten Diskussionssituationen (...) gibt (es) keine Lösungsmechanismen, die alle Beteiligten in eine gleich vorteilhafte Position brächten, ohne nicht einige Betroffene (...) schlechter zu stellen" (S. 3/4). Die etwas verklausulierte Formulierung soll bedeuten, daß die Herstellung von Diskussionssituationen, die den von Kambartel, Habermas u. a. postulierten Kriterien genügen, das Pareto-Kriterium verletzt, auf dessen Grundlage in der individualistisch orientierten Ökonomie normativ Vorschläge gemacht werden. Dies hätte man sich bewiesen gewünscht.

- 14) "His first book (...) - The Nature and Significance of Economic Science - was an attempt to set economics clearly upon the path of scientific inquiry and to isolate those areas where this was possible from areas where other criteria had to appear. So often, even today, the purpose of that book is misunderstood as an 'attack' on economists indulging in political economy. Far from this being the case, as Lionel Robbins' own contributions demonstrate, it is a clarification of the conditions under which economic science relates to political economy". Maurice Peston and Berard Corry (eds), Essay in Honor of Lord Robbins, London 1972, p. vii.
- 15) Vgl. Robbins' Antwort (1935², S. VIII, IX) auf Lindley Fraser, How do we want Economists to Behave?, in der er diesem zustimmt, der rein theoretisch arbeitende Ökonom sei "a pretty poor fish" (oder ein Genie; dies aber selten).
- 16) Das Kanitverstan der Szientisten methodisch zu üben - vgl. Paul Lorenzen, Szientismus versus Dialektik, in: Manfred Riedel (ed), Rehabilitierung der praktischen Philosophie, Bd. 2: Rezeption, Argumentation, Diskussion, Freiburg 1975, S. 335 - 351 (349).
- 17) Ganslandt 1973, S. 82.
- 18) Ganslandt 1973, S. 111. Interessanterweise spricht Ganslandt hier statt wie üblich von 'Aussage' nurmehr von 'Begriff'. Wissenschaftshistorisch gesehen wäre dies für die Ökonomie ein Rückschritt. Sie ist über das Stadium der Begriffsbildung i. d. R. bei weitem hinaus.
- 19) Kambartel 1976, S. 80.
- 20) Hans Albert, Traktat über kritische Vernunft, Tübingen 1975³, S. 15.
- 21) Janich/Kambartel/Mittelstraß, 1975, S. 36 Fußnote 15.
- 22) Für die Ökonomie gilt übrigens, daß ein auf unverzerrte Kommunikationssituationen gerichteter Begründungsbegriff die Begründungsansprüche an eine Theorie nicht abschwächt, sondern verschärft. Es reicht nicht länger aus, eine empirisch richtige, (nicht falsifizierte) Theorie zu präsentieren. Die Theorie muß auch "praktisch begründet" sein in dem Sinne, daß sie erwarten läßt, partiell als problematisch empfundene Praxis verändern zu helfen. Diese Aussagen stehen im übrigen nahtlos im Einklang mit der Argumentation der Popper-Schule, etwa Bartley's. Dies gibt Anlaß zu der Bemerkung, daß generell die Kontroverse zwischen Erlanger Schule und Positivismus - vergleiche etwa die Ausführungen in Alberts Nachwort zur dritten Auflage seines 'Traktats' - sich auf einen kaum auffindbaren sachlichen Dissens richtet. Anderes, nicht Gesagtes, scheint der eigentliche Gegenstand der Auseinandersetzung zu sein.
- 23) Bernhard Badura, Bedürfnisstruktur und politisches System, Stuttgart 1972, S. 40.
- 24) ebenda.
- 25) Hans Albert (1975³), Kapitel 7, § 28.
- 26) Hans Albert (1975³), S. 179 f.

- 27) Die im zweiten Teil in Klammern gesetzten Seitenangaben beziehen sich auf Friedrich Kambartel "Bemerkungen zum normativen Fundament der Ökonomie". Dieser doppelte Bezug ist nicht ohne Bedeutung. Er führt dazu, daß Kambartel bei der Kritik beobachtbarer Praxis häufig mit volkswirtschaftlichen Argumenten (wenngleich in anderer Terminologie und häufig fragmentarisch) betriebswirtschaftliche gesteuerte Praxis kritisiert.
- 28) Vgl. bereits Robbins (1935²) S. 17 (I.3). Die bei Robbins kritisierte Definition des ökonomischen Gegenstandes als des Ausschnitts aus dem gesamten System sozialer Interaktion, der aufgrund von Austauschbeziehungen sich regelt und abläuft, wird heute noch von Kenneth Boulding (Economics as a Moral Science), 59 AER 4, 1969) vertreten, der die am Knappheitsbegriff orientierte Auffassung als zu weit und ökonomischem Imperialismus Vorschub leistend kritisiert. Robbins hatte bereits die Austauschbeziehungen lediglich als technischen Aspekt (Essay S. 20) bezeichnet und die Unterscheidung darauf nicht gründen wollen; apriorischer Festlegung dürfte insgesamt gesehen allenfalls beschreibende Bedeutung zukommen, mindestens insoweit, als sich der wissenschaftliche Fortschritt in nichtdogmatischen Disziplinen, etwa der ökonomische Imperialismus, durch begriffliche Festlegungen jedenfalls nicht lenken läßt.
- 29) Ähnliche, heute in der Ökonomie selten vorgetragene Gedankengänge in definitorischer Absicht findet man mit beinahe identischem begrifflichen Inhalt bei Gustav Cassel, Theoretische Sozialökonomie, Leipzig 1932⁵, 1. Buch, I, § 1: Das Wesen der Wirtschaft.
- 30) Diesen Wortgebrauch legt z. B. Jan Kotek nahe mit seinem "Versuch über Gebrauchswert und Bedürfnisse: 'Konsum oder Verbrauch', Hamburg 1974.
- 30a) "Neu" ist dieser Beitrag freilich nur für die aktuelle Diskussions-situation in der Ökonomie, keineswegs dogmengeschichtlich. Verwiesen sei etwa auf den Neukantianer und Begründer der Neufries-schen Schule Leonard Nelson (1882 - 1927), dessen Lehren heute noch von Gerhard Weisser vertreten werden.

- 31) Diese Fußnote lautet: "Vgl. dazu den von mir herausgegebenen Band: Praktische Philosophie und konstruktive Wissenschaftstheorie (Frankfurt/M. 1974), darin, neben meinen eigenen Beiträgen, die Vorschläge von P. Lorenzen und O. Schwemmer" S. 125 der "Bemerkungen". In der ersten Fassung des Aufsatzes verwies Kambartel ohne bibliographischen Nachweis auf eigene und die Ausführungen O. Schwemmers. Schwemmer, der in dem genannten Sammelband ausführlich zu Worte kommt, beweist jedoch an der entscheidenden Stelle ("Moralprinzip") angesichts der Knappheit der Darstellung wiederum auf eigene Ausführungen, und zwar insbesondere auf seine Dissertation: Oswald Schwemmer, Philosophie der Praxis, Versuch zur Grundlegung einer Lehre vom moralischen Argumentieren in Verbindung mit einer Interpretation der praktischen Philosophie Kants, Frankfurt 1971.
- 32) An dieser Stelle soll vorderhand unerörtert bleiben, ob diese Verfahren tatsächlich Reden voraussetzen oder auch als nichtverbale Verfahren der Kommunikation begründet werden können. Vgl. unten IV.
- 33) Oswald Schwemmer, Grundlagen einer normativen Ethik, S. 73 - 95, insbesondere S. 88 in: Kambartel (ed) 1974 (vgl. Fußnote 31).
- 34) Friedrich Kambartel, Moralisches Argumentieren: Methodische Analysen zur Ethik, S. 54 - 72, insbesondere S. 65 - 72 in Kambartel (ed) 1974.
- 35) Schwemmer (1974) S. 88.
- 36) Vgl. Vilfredo Pareto, Handbuch der politischen Ökonomie, italienische Erstveröffentlichung 1906; Nikolas Kaldor, Welfare Proposition of Economics and Interpersonal Comparisons of Utility, 49 Ec. J. 549 - 552, 1939; ohne eigens auf Pareto hinzuweisen, dies tat dann: J. R. Hicks, The Foundations of Welfare Economics, 49 Ec. J. 696 - 712, 1939.
- 37) Vgl. Boulding, 59 AER 1 (2), 1969.
- 38) Friedrich Kambartel, Wie ist praktische Philosophie konstruktiv möglich? Über einige Mißverständnisse eines methodischen Verständnisses praktischer Diskurse, S. 9 - 33 (S. 15) in: Friedrich Kambartel (ed) 1974.

- 39) Es muß überhaupt gefragt werden, warum es eines so weitgehenden philosophischen Unterbaues bedarf, um die Substitutionsmöglichkeit als ethisch gerechtfertigtes Verfahren einzuführen. Schwemmer beginnt damit nach mühevoller Vorarbeit auf S. 106 seiner Philosophie der Praxis, auf die er sich in dem oben zitierten Aufsatz bezieht. Denn der normative Gehalt dieses Verfahrens muß als denkbar gering veranschlagt werden.
- 40) Friedrich Kambartel, Moralisches Argumentieren - Methodische Analyse zur Ethik, S. 54 - 72 (S. 65) in: Kambartel (ed) 1974. Die Seitenangaben des nächsten Abschnittes beziehen sich auf diesen Aufsatz.
- 41) "Die voranschreitende theoretische und praktische Arbeit erfinderischer Überlegung (verändert) fortwährend den Kontext der Handlungsalternativen, auf den sich praktische Begründungen im Positiven wie im Negativen beziehen". Kambartel (1974), Moralisches Argumentieren, S. 71.
- 42) Jürgen Habermas, Vorbereitende Bemerkungen zu einer Theorie der kommunikativen Kompetenz und Theorien der Gesellschaft oder Sozialtechnologie? Eine Auseinandersetzung mit Niklas Luhmann, beide in: Habermas/Luhmann, Theorie der Gesellschaft oder Sozialtechnologie, Frankfurt 1971, S. 101 - 141 u. S. 142 - 290. Jürgen Habermas, Zur Logik des theoretischen und praktischen Diskurses, in: Manfred Riedel (ed), Rehabilitierung der praktischen Philosophie, Band 2: Rezeption, Argumentation, Diskussion, Freiburg 1975, S. 381 - 402.
- 43) Diese synoptische Interpretation erscheint angängig, da insofern offenbar kein Dissens zwischen Erlanger und Frankfurter Schule besteht; vgl. Kambartel (S. 174) "Praktische Philosophie", S. 9.
- 44) Z. B. bei Badura (1972) 1. Beteiligung aller Betroffenen, 2. Gleiche Verhandlungsmacht, 3. Zureichende Information; bei Kambartel (1974) 1. Unvoreingenommenheit, 2. Zwanglosigkeit, 3. Absenz persuasiven Redens; Habermas dagegen beschränkt sich auf zwei Kriterien: Absenz von Zwang und Kommunikative Kompetenz.
- 45) Badura (1972) S. 40, Kambartel (1975) "Bemerkungen", S. 113.
- 46) Kambartel (1974) "Praktische Philosophie" S. 68.
- 47) Kambartel (1974) "Praktische Philosophie" S. 68, ders. (1975) "Bemerkungen" S. 113, Habermas (1971) S. 121.
- 48) Habermas (1975) S. 397 ff.
- 49) Kambartel (1974) "Praktische Philosophie" S. 67.
- 50) Habermas (1975) S. 395/96.
- 51) Habermas (1971) S. 129.
- 52) Habermas (1971) S. 131.
- 53) Kambartel (1974) "Praktische Philosophie", S. 66 f.; Habermas (1971) S. 117.
- 54) Habermas (1971) S. 117.
- 55) Habermas (1971) S. 140.
- 56) Habermas (1975) S. 383.

- 57) Darauf verweist Kambartel in den auf die Ökonomie gemünzten Bemerkungen.
- 58) Habermas (1971) S. 115.
- 59) Habermas (1971) S. 119.
- 60) Hans Albert (1975³) "Traktat", S. 173 - 182.
- 61) Kambartel (1975) "Bemerkungen", S.111.
- 62) Zum Problem der "Betroffenheit" vgl. jedoch die Erörterungen des Externalitätenproblems unter Kriterium 1 (Teil IV).
- 63) James M. Buchanan, Individual Choice in Voting and the Market, 62 JPE 343, 1954, wiederabgedruckt in: James M. Buchanan, Fiscal Theory and Political Economy, Selected Essay, Chapel Hill 1960, S. 90 - 104; hier S. 335 f. (1954).
- 64) James Buchanan (1954) S. 363.
- 65) Zur Theorie des Marktversagens vgl. den klassischen Aufsatz von Francis M. Bator, The Anatomy of Market Failure, in: William Breit u. Harold Hochman (eds), Readings in Microeconomics, NY 1968, zuerst 70 QJE 351 - 379, 1958; vgl. auch für eine Form des Marktversagens beispielhaft: Externalitäten - den Sammelband: Robert Staaf u. Francis Tannian, Externalities, Theoretical Dimensions of Political Economy, NY, London o. J. (1972); unter dem für Kambartel wichtigsten Aspekt, die Auszeichnung (vernünftiger) gerechtfertigter Bedürfnisse und die Organisation der Wirtschaft im Hinblick auf deren Befriedigung (: Sozialisierung) habe ich selbst die Theorie des Marktversagens eingehend diskutiert. Vgl. Jürgen Backhaus, Ökonomik der Sozialisierung, in: Gerd Winter (ed), Studien zur Sozialisierung, Frankfurt/Köln 1976.
- 66) Die Optimalitätseigenschaften politischer Prozesse (: Abstimmung) werden durch die "Public-Choice-Theorie" eingehend herausgearbeitet. Vgl. die Zeitschrift Public Choice und darin als Beispiel einer konzisen Analyse kürzlich Michael C. Lovell, The Collectiv Allocation of Commodities in a Democratic Society, 24 Public Choice 71 - 92, 1975.
Im deutschen Sprachraum rubriziert dieser Ansatz als ökonomische Theorie der Politik (Theorie im Robbinsschen Sinne) und - das normative Gegenstück, das wegen der Verknüpfung einer Theorie ökonomischer und politischer Prozesse den Durchbruch zu einer praktisch wirksamen Ökonomie erlaubt: Neue politische Ökonomie. Vgl. dazu die Übersichtsaufsätze von Bruno S. Frey, zuletzt Bruno S. Frey, Eine Einschätzung der neuen politischen Ökonomie der Siebziger Jahre, 131 Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft 1975, darin Verweise auf Literatur und weitere Übersichten.
- 67) Knut Wicksell, Finanztheoretische Untersuchungen nebst Darstellung und Kritik des Steuerwesens Schwedens, Jena 1896.
- 68) Der Vollständigkeit und Korrektheit halber ist anzumerken, daß Wicksell "aus praktischen Gründen" (S. 116) lediglich die relative Einstimmigkeit fordert; da es Wicksell lediglich auf das Prinzip der Freiwilligkeit ankommt, läßt er nebeneinander 3/4, 5/6 oder 9/10 als zulässige Konkretisierungen der Entscheidungsregel relativer Einstimmigkeit gelten.

- 69) Definiert als Erwartungswerte, die man durch Multiplikation der Höhe der Kosten mit der Eintrittswahrscheinlichkeit erhält.
- 70) Douglas W. Rae, Decision-Rules and Individual Values in Constitutional Choice, 63 APSR 40, 1969.
- 71) Wicksell, "Finanztheoretische Untersuchungen", S. 143; Wicksell fährt fort: "Ist aber jene Annahme nicht stichhaltig, sind vielmehr innerhalb der bestehenden Eigentums- oder Einkommensverteilung gewisse Besitz- und Erwerbstitel vorhanden, deren Recht zweifelhaft erscheint oder vor dem Rechtsbewußtsein der Jetztzeit überhaupt nicht mehr bestehen kann, so liegt zweifelsohne der Gesamtheit nicht nur das Recht, sondern die Pflicht ob, diesbezüglich eine Revision der bestehenden Eigentumsverhältnisse vorzunehmen; und es wäre offenbar zuviel verlangt, das Zustandekommen einer solchen Revision durchaus von der Zustimmung der zunächst interessierten Personen abhängig machen zu wollen." (S. 144).
- 72) Weder wird man eine breite Zustimmung zur gegenseitigen Eigentumsverteilung unterstellen können, noch verbieten es die repräsentativ-demokratischen Beschlußverfahren, Probleme der Güterallokation und der Einkommensverteilung verfahrensmäßig miteinander zu verknüpfen.
- 73) Allokations- und Verteilungsprobleme sollen ebenfalls zusammengekommen auch in dem von Kambartel vorgeschlagenen Verfahren entschieden werden.
- 74) Erik Lindahl, Die Gerechtigkeit der Besteuerung, eine Analyse der Steuerprinzipien auf Grundlage der Grenznutzentheorie, Lund 1919.
- 75) Einen sehr guten Überblick über die Diskussion im Anschluß an Lindahl gibt (mit ausführlicher Bibliographie) Donald John Roberts, The Lindahl Solution for Economies with Public Goods, 3 J. Publ. Ec., 23 - 42, 1974.
- 76) Politisch-ökonomisch lassen sich am optimalen Marktergebnis orientierte Vorschläge nur begründet machen, wenn das Ergebnis auch als verteilungsgerecht - oder zumindest verteilungsneutral (pareto-optimal) gekennzeichnet werden kann.
- 77) Vgl. etwa die Aufsatzsammlung: Harold M. Hochman u. George E. Peterson, Income Redistribution through Public Choice, N. Y. u. London, 1974.
- 78) Vergleich: Bruno S. Frey, Why do High Income People Participate More in Politics? 11 Public Choice 101 - 105, 1971; J. Fraser, Why Do High Income People Participate More in Politics? - The Wrong Answer, 13 Public Choice 115 - 118, 1972; Bruno S. Frey, Political Participation and Income Level: Reply, 13 Public Choice 119 - 122, 1972; K. Russel, Political Participation and Income Level: An Alternative Explanation, 13 Public Choice 113 - 114, 1972.
- 79) Friedrich A. von Hayek, the Use of Knowledge in Society, 35 AER 519, 1945; sowie kürzlich: Assar Lindbeck, The Efficiency of Competition versus Planning, 83 - 107 - 113, in: Michael Kaser u. Richard Portes, Planning and Market Relations, London 1971.

- 80) Insbesondere Boulding hat diesen Aspekt immer wieder betont.
- 81) Vgl. das Plädoyer bei: Alice M. Rivlin, Income Distribution - Can Economists Help? (Richard T. Ely Lecture, 65 AER P & P, 1 - 15, 1975.
- 82) Dies bedeutet allerdings, nicht, daß jeder politische Preis Ausdruck der (De)Meritorizität des mit ihm belegten Gutes ist. Der politische Prozeß, der zur Fixierung politischer Preise führt, erlaubt eine Vielfalt von Umverteilungsmaßnahmen, die kaum als 'gerecht' zu begründen sind. Die Kritik muß sich darum auf das Verfahren (politischer Prozeß) richten, das zu dem kritisierten Ergebnis (politischer Preis) führt, z. B. im Wege theoretisch-ökonomischer Kritik, etwa mit einem PUBLIC CHOICE Ansatz.